

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Zeitung erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Vautl, Magdeburg. — Verlagsanstalt: Die Druckerei „Volksstimme“ in Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfanzenhagen & Co., Magdeburg. — Preis: 15 Pfennig. — Postzeitungliche Sendung. — Einzelpreis 15 Pfennig. — Sonntags 20 Pfennig. — Text: 33% Wuchszins. Für Platzverträge keine Gewähr. — Erfüllungsort: Magdeburg. — Postfachkonto 123 Magdeburg.

Nr. 250

Magdeburg, Dienstag den 25. Oktober 1927

38. Jahrgang

Sturz des Reichsfinanzministers?

Weil er den Beamten zuviel geben wollte

Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Presse-otenkstes“ ist mit einem Rücktritt des Reichsfinanzministers Kähler zu rechnen. Seine Tätigkeit werde in führenden Kreisen der Zentrumsfraktion sehr absparend beurteilt, und wegen der Stellung des Reichsfinanzministers habe die Zentrumsfraktion beschlossen, während der Reichstagsferien allwöchentlich eine Sitzung der Gesamtfraktion abzuhalten.

Kähler wird vorgeworfen, er habe den Beamten eine Gehaltserhöhung versprochen, ohne sich vergewissert zu haben, daß für die Mehrausgaben Deckung vorhanden ist; statt der von Kähler in Magdeburg angekündigten Erhöhung der Gehalte bis zu 33 Prozent will der Bürgerblock nur 12 bis 15 Prozent gewähren. Der Bürgerblock braucht Geld für das Gesetz gegen die Volksschule, der Reparationsagent bringt sich in Erinnerung, die Besitzsteuern erhöhen, um die von Kähler versprochene Besoldungsreform durchzuführen und Kriegskosten bezahlen zu können? Der Bürgerblock denkt nicht daran.

In Preußen ist Deckung vorhanden

Berlin, 24. Oktober. Der preussische Finanzminister ging am Sonnabend im Verlauf einer demokratischen Veranstaltung in Berlin auch auf die Besoldungsreform ein und bemerkte dazu, daß sie auch für die jüngsten Beamten das Friebsrealgehalt bringe.

Die Mittel, die diese Reform erfordere, könne Preußen — im Gegensatz zu Bayern — infolge einer guten Wirtschaft aus eigener Kraft decken; ja es hätte ohne die Reform in diesem Jahre sogar einen Ueberschuß erzielt.

Auch die Gemeinden könnten die Mehrkosten infolge höherer Ueberweisungen in Höhe von 50 Millionen selbst bestreiten. Allerdings hält der Minister eine Senkung der Steuern jetzt für unmöglich.

Köhlerglaube

Deutschland hat den Krieg verloren. Warum es ihn verloren, hat dieser Tage ein autoritativer Mund, der damalige englische Premierminister Lloyd George, erklärt: weil es den unbeschränkten U-Boot-Krieg proklamierte und dadurch die Kriegserklärung Amerikas erzwang. Deutschland stand — sagt Lloyd George — im Januar 1917 dicht vor seinem Siege; da kam die unerklärliche Dummheit des schrankenlosen U-Boot-Kriegs und die Alliierten wurden gerettet.

Wer ist schuld an dieser unerklärlichen Dummheit? Die oberste Heeresleitung, also Hindenburg und Ludendorff, die sich ihrerseits auf das Gutachten der Marineleitung Capelles stützten. Die militärischen Diktatoren zwangen Bethmann-Sollweg und Helfferich, anfängliche Gegner, auf die Knie.

Das Unglück nahm seinen Lauf.

Im Frühjahr 1918 standen 2 Millionen amerikanischer Soldaten auf französischem Boden, während ein Jahr zuvor der deutsch-nationale Hergt — heute Reichsjustizminister — zur Empfehlung des U-Bootkriegs überhebend erklärt hatte, die Amerikaner kämen nicht, denn sie könnten weder schwimmen noch fliegen.

Verlorne Kriege müssen bezahlt werden. Zur Regelung der Abtragung der Kriegskosten, die man heute Reparationen oder Wiedergutmachung nennt, ist der Dawes-Plan ausgearbeitet und angenommen worden. Die Zustimmung im Reichstag erfolgte am 29. August 1924 durch die Deutsch-nationalen. Genauer: durch die Hälfte ihrer Fraktion.

Ohne ihren Umfall

wäre der Dawes-Plan abgelehnt worden. Grund genug, daß dieselben Leute, die die zur Annahme erforderliche Mehrheit gestellt haben, seitdem auf diese Regelung als die Quelle für Deutschlands Unglück schimpfen.

Die im Kriegskostenübertilgungsplan festgesetzten monatlichen Raten sind seitdem pünktlich gezahlt worden. Im Laufe dieses Jahres sind 1,8 Milliarden oder 1800 Millionen Mark abgezahlt. Vom September nächsten Jahres ab beginnt die jährliche Höchstzahlung von 2,5 Milliarden oder 2500 Millionen Reichsmark zu laufen. Wie lange diese ungeheure Summe jährlich zu leisten ist, weiß man nicht. Die Alliierten sind noch immer nicht so gnädig gewesen, die Endsumme festzusetzen. Ihre Höhe hängt von der Leistungsfähigkeit Deutschlands und der Aufnahmefähigkeit der Gläubiger ab.

Die Alliierten haben dem deutschen Finanzministerium einen Vertrauensmann auf die Nase

gesetzt, der darüber zu wachen hat, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht durch die innern Ausgaben in Frage gestellt wird. Der Mann ist ein Amerikaner, heißt Parker Gilbert und wird Reparationsagent betitelt. Dieser mächtige — wenn man will — Gerichtsvollzieher hat nun am Freitag Protest erhoben gegen den Inhalt der neuesten Gesetzesvorläufe des Bürgerblocks.

Diese Entwürfe betreffen die Beamtenbesoldung, die Volksschule und die Liquidationsopfer. Die jährliche Mehrausgabe für die Beamten ist von Kähler mit 310 Millionen Mark für die Reichsbeamten einschließlich der Kriegsbeschädigten angegeben worden. Dazu kommen die Mehrausgaben in den Ländern, Provinzen, Kreisen und Gemeinden, die auf 1200 Millionen Mark geschätzt werden, so daß für die Erhöhung der Beamtengehälter rund 1500 Millionen jährlich mehr aufzubringen wären.

Die Kosten für die Konfessionalisierung und Zerspaltung der Volksschule sind von dem demokratischen Abgeordneten Fischer (Köln) auf rund 500 Millionen jährlich für die Länder und Gemeinden berechnet worden. Der hervorragende Minister Reudell hat an die Kostenfrage überhaupt noch nicht gedacht, weniger daran, wie hoch sie ist und noch weniger, wie sie gedeckt werden könnte.

Für die Liquidationsopfer hat die Reichsregierung die Absicht, eine Milliarde einzusetzen. Ihr Verlust wird — von wem weiß man nicht — auf zehn Milliarden geschätzt. Der Entwurf, der sich mit dieser Materie beschäftigt, wird vom Rechtsblock hinausgezögert. In der vorletzten Reichstagsitzung wurde eine demokratische Anfrage vom Bürgerblock durch künstlich herbeigeführte Beschlußunfähigkeit abgelehnt.

Über der Reparationsagent Parker Gilbert hat nichtsdestoweniger davon erfahren und ein wenig addiert. Ein- und einhalb Milliarden für die Beamten, eine halbe Milliarde für die Volksschule und eine Milliarde für die ausländischen Kriegsoffer, macht zusammen 3 Milliarden oder 3000 Millionen.

Davon eine Milliarde einmalig und 2 Milliarden oder 2000 Millionen jährliche Mehrausgabe. Der Reichetat balanciert für dieses Jahr mit 8,7 Milliarden oder 8700 Millionen Mark. Die dauernde Erhöhung beträgt rund ein Viertel, die für das nächste Kalenderjahr eintretende sogar mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben. Dazu kommen vom September ab die 700 Millionen, um die die Kriegskostenzahlung sich erhöht. Macht bald vier Milliarden oder fast die Hälfte der augenblicklichen Ausgabenanspannung. Parker Gilbert sagt sich, angesichts dieser gewaltigen sprunghaften Ausgabenenerhöhung gerät die pünktliche

Kriegskostenzahlung in Gefahr.

Er erhebt Einspruch. Einspruch insbesondere auch gegen die Erhöhung der Ueberweisungen an die Länder, weil dadurch die Reichskasse geschwächt wird, aus der die Reparationsverpflichtungen zu decken sind.

Seit Sonnabend nachmittag sitzt der Reichsfinanzminister mit dem Amerikaner zusammen, um eine Einigung zu erzielen.

Der Bergarbeiterstreik beendet

Die Bergarbeiter angefahren

r Halle, 24. Oktober. Die am Sonntag im mitteldeutschen Braunkohlengrund abgehaltenen Belegschaftsversammlungen erklärten sich ohne Ausnahme trotz der kommunikativen Versuche, den Streik noch wochenlang auszudehnen, für die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage. Auch das zeigt, wie die Kommunisten in Mitteldeutschland mehr und mehr abwärts wandern und heute nur noch eine verschwindende Minderheit bilden.

Entsprechend den Beschlüssen für Wiederaufnahme der Arbeit sind die Bergarbeiter heute Montag vormittag um 6 Uhr, soweit sich bis jetzt überblicken läßt, auf allen Gruben wieder zur Arbeit erschienen.

Die Arbeit wieder aufgenommen

Entgegen dem ablehnenden Beschluß der Bergbau-Unternehmer haben die Delegierten der Bergarbeiter, wie wir am Sonnabend abend schon durch Extrablatt mitteilten, den am Freitag abend gefällten Schieds-

Sinter streng verschlossenen Türen.

Kähler, der den Einspruch Gilberts schon kannte, als er am Freitag mittag seine Rede im Reichstag hielt und der von dem Schritte des Reparationsagenten keine Silbe andeutete, magt auch heute nicht, den Brief des Amerikaners bekanntzugeben. Er hat die naive Hoffnung, daß er die Fragen im Dunkeln lösen kann. Daran ist nicht zu denken. Jede Lüge hat Rügen. Wir erhalten nunmehr in abgedruckten Sätzen und teilsweise aus der ausländischen Presse das, was der Finanzminister in seiner Not uns vorenthalten möchte. Kähler überläßt sich eben einem Köhlerglauben, wenn er annimmt, daß dergleichen geheim bleiben kann.

Der Amerikaner erhält Unterstützung in seinem Protest durch das Präsidium und den Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Sie erheben Bedenken gegen die Erhöhung der Beamtengehälter. In den Augen der Großindustriellen sind nur die höhern Beamten notleidend, die mittlern und untern leben wie Gott in Frankreich.

Die Gewaltigen der Industrie, der Banken, der Landwirtschaft und des Handels arbeiten nämlich konsequent darauf hin, die wirtschaftliche Besserung zu droffeln. Sie wollen eine Revision des Dawes-Plans, die nur zu erreichen ist, wenn Deutschland beweisen kann, daß die Zahresquoten zu hoch sind. Dieser Nachweis gelingt nicht, wenn Deutschlands Wirtschaft sich hebt. Folglich muß sie künstlich niedergehalten werden. Schacht, der demokratische Reichsbankpräsident, ist mit im Bunde. Daher die Heraushebung des Diskontsatzes, der bald auf 8 Prozent steigen soll. In letzter Linie steht hinter allen Machenschaften die Entscheidung der Frage:

Wer soll die Kriegskosten bezahlen?

Die arbeitenden Massen einschließlich des gesamten Mittelstandes oder die kleine munterlich dünne Oberschicht der Wirtschaftsgewaltigen.

Der Reparationsagent sagt: das zu entscheiden ist eure Sache. Ich besteh wie Schloch auf meinem Schein und will meine Zahlungen an die Alliierten gesichert sehen. Er macht einen dicken Strich durch die Rechnung Kählers. Es ist die Frage, ob Kähler etwas wegradieren kann.

Verhandlungen mit Parker Gilbert

Berlin, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen, die der Reichsfinanzminister Kähler am Sonnabend mit dem Reparationsagenten Parker Gilbert aufgenommen hat, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Sie werden heute fortgesetzt.

Die Reichsregierung behält ihre Taktik bei, über den Inhalt des Gutachtens des Reparationsagenten und über die Aussichten der reichlich spät eingeleiteten direkten Verhandlungen Stillhalte zu bewahren. Es verlautet dagegen, daß, sobald die Besprechungen mit Parker Gilbert zu einem Ergebnis geführt haben, auch das Reichskabinett in seiner Gesamtheit zu den weiteren Vorschlägen Stellung nehmen wird, die der Reichsfinanzminister hinsichtlich des finanzpolitischen Kurses der nächsten Zeit notwendigermachen muß.

Vor dem Hauptausbruch des Reichstags wird Kähler noch im Laufe dieser Woche Einblick geben müssen in seine finanzpolitischen Pläne und besonders auch in die finanzpolitischen Reserven, die ihm für die Erhöhung der Beamtengehälter und für die sonstigen erhöhten Ausgaben zur Verfügung stehen.

spruch mit 381 gegen 36 Stimmen angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beantragt, die dann auch am Sonnabend noch vom Reichsarbeitsminister ausgesprochen worden ist.

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter in Halle, die weiterhin beschlossen hatte, bis zur Ausrückung des Reichsarbeitsministers über die Verbindlichkeit in Permanenz zu tagen, beschloß sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von der Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers fast einstimmig, die Arbeit am Montag früh wieder aufzunehmen.

Die Delegiertenkonferenz war geleitet vom Reichstagsabgeordneten Gusemann. Das Referat hielt das Brandenburgsmitglied im Bergarbeiterverband, Schmidt (Hochum).

Entscheidung der Delegiertenkonferenz

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter am Sonnabend in Halle nahm folgende Entscheidung fast einstimmig an: Die am 22. Oktober 1927 in Halle a. d. S. tagende Funktionärskonferenz der am mitteldeutschen Braunkohlenturf beteiligten

Organisationen nahm Kenntnis von dem Ergebnis der am 20. und 21. Oktober in Berlin stattgefundenen Verhandlungen in der Schlichtungskammer zwischen den Tarifparteien. Die Erhöhung der Löhne um 11,54 Prozent bedeutet einen großen Erfolg der Gewerkschaften. Wenn sie auch in Anbetracht des daniederliegenden Standes der mitteldeutschen Braunkohlenbergwerke keine volle Befriedigung auslöst, so spricht sich die Konferenz dennoch unter Berücksichtigung aller Umstände für die Annahme des Schiedsspruchs aus und beauftragt die Organisationsleitung, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Mit den zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarungen über Zurücknahme der Kündigung, Mahrforderungen, Kontraktbruchstrafen und Wohnungskündigungen betreffend erklärt sich die Konferenz einverstanden. Die Konferenz würdigt die aufopfernde Tätigkeit aller Funktionäre während des Kampfes und spricht ihnen dafür ihren Dank aus. Sie erwartet, daß die Kameraden überall für die Wiederaufnahme der Arbeit eintreten, wie sie für die Niederlegung der Arbeit eingetreten sind. Erhaltet und erhöht die Schlagkraft der Organisationen! Erhaltet die Disziplin! Hoch die Arbeiterbewegung!

Kommunisten für den Schiedsspruch

Nachtersteht 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Belegschaftsversammlung der großen Grube Konordia erklärte sich am Sonntag einmütig für die Annahme des Schiedsspruchs und für Wiederaufnahme der Arbeit am Montag. Auch die Kommunisten, die der berichtigte Materie aus Burg in den letzten Tagen noch gegen die Gewerkschaftsführer aufzutreten versuchte, sind mit den Beschlüssen der Gallischen Delegiertenkonferenz einverstanden. Diese Woche ist den Spätlingen zu gönnen. Die Belegschaft ist heute Montag früh geschlossen auf der Arbeitsstätte erschienen. Nicht so glatt vollzog sich die Wiederaufnahme der Arbeit im benachbarten Königsaue auf Grube Georg. Die stark reaktionäre Grubenverwaltung ließ den zur Arbeit erschienenen 180 Bergarbeitern eröffnen, daß sie zunächst erst einmal nur 85 Mann einstellen wird. Diese Maßschäppligkeit ist schädlich und dumme zugleich. Es wäre schon klüger von der Grubenverwaltung, sie fände sich mit dem Erfolg ihrer ausgehungerten Belegschaft ab, statt sich lächerlich zu machen und sich und ihren Arbeitern den Verdienst zu schmälern. Grube Georg ist dem Arbeitgeberverband für die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie nicht angeschlossen.

Im Helmstedter Revier

Helmstedt, 24. Oktober. Bei dem Betrieb des Braunkohleigenen Kohlenbergwerks ist die Arbeit heute morgen überall voll wieder aufgenommen worden.

Im Bitterfelder Revier

Im Bitterfelder Revier haben sich die Gruben Deutsche Grube, Auguste, Theodor, Germaine, Louise und Marie nahezu einstimmig für die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden. Ebenso auf Grube Leopold.

Wortbruch einzelner Unternehmer

W. Halle a. S., 24. Oktober. Wie wir von der Zentralleitung erfahren, haben sich bei der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag früh nicht alle Unternehmer an die Vereinbarung, alle Löhne wieder einzustellen, gehalten. So seien aus dem Geisener Revier zwei bis auf Fälle aus dem Gallischen Revier ein Fall gemeldet worden. Die Vertragsparteien sind aber dabei, diese Unstimmigkeiten zu beheben. Die von Arbeitgeberseite zu den Unstimmigkeiten mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband sich nur dazu verpflichtet, auf seine Mitglieder einzuwirken, alle Löhne wieder einzustellen. Dagegen wünscht er aber das Versprechen gegenüber, das die Werke den während des Streikes neu eingestellten Arbeitern gegeben haben, sie bei Wiedernahme des Streikes nicht zu entlassen. Es ist aber zu hoffen, daß diese Unstimmigkeiten beigelegt werden. (Das einzelne Unternehmer ihren Streikbrechern versprochen haben, mögen sie mit sich selbst abmachen. Wer die freien Berliner Vereinbarungen betreffend Wiedereinstellung aller Bergarbeiter aus Keinführer Raubrecht durchführt, ist in der Öffentlichkeit gerichtet. Red. Z.)

Sie fordern Erhöhung der Kohlenpreise

Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat und das Ostelbische Braunkohlensyndikat haben die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats mit der Tagesordnung „Neuregelung der Preise für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ beantragt.

Sieg der Organisation

Von Friedrich Gusemann, Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Seit langem hat kein Arbeitskampf die Öffentlichkeit so bewegt wie der Streik der 70 000 mitteldeutschen Braunkohlearbeiter. Für viele kam er überraschend, denn sie glaubten, daß ein solcher Kampf nicht möglich sei. Und wiederum rechneten damit, daß ein etwa ausbrechender Streik schnell zu kommunistischen Putzchen und damit zu einem unglücklichen Ende führen würde. Alle, die so dachten, hatten die Stimmung der Arbeitermassen nicht richtig gewürdigt, sie wußten auch nicht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in diesem ehemaligen Wetterwinkel Deutschlands in den letzten Jahre schwierige, aber auf erfolgreiche Aufklärungsarbeiten geleistet hatten.

Besonders ist es der Bergarbeiterverband gewesen, der, gestützt auf einen ausgezeichneten Stab von Funktionären, dafür sorgte, daß die Arbeiterschaft in der Braunkohlenindustrie den Glauben an ihre eigene Kraft und an die Organisation wieder fand. Freilich haben die Grubenverwaltung in der Braunkohlenindustrie durch ihre kurzfristige Arbeits- und Lohnpolitik die Gewerkschaften in ihrer Aufklärungsarbeit wirksam unterstützt. Auch der kleinste Arbeiter mußte mehr und mehr erkennen, daß nur die gesamtsozialistische Front aller Arbeiter den Braunkohlenherren ein Paroli zu bieten vermöchte. Die Spruchpraxis der Schlichter des Reichsarbeitsministeriums in Lohn- und Arbeitszeifragen hat aber auch das Ihre zu dieser Erkenntnis mit beigetragen.

Die Verhandlungen, die die Gewerkschaften mit den Braunkohlenindustriellen in Arbeitszeit- und Lohnfragen zu führen hatten, zeigten jedesmal, daß diese Herren sehr weit davon entfernt sind, sozial eingestellte Unternehmer zu sein. Sie glaubten, daß sie sich auf ihre gelben Werkstücke, Knappenbereinler und Stahlhelmsfreunde immerdar verlassen könnten. Sie ahnten nicht, daß Blut dicker ist als Wasser, und daß schließlich auch dem geduldigsten Arbeiter die Galle überläuft.

Bei den Verhandlungen über die bescheidenen Forderungen der Arbeiter auf Erhöhung der Löhne um 80 Pfennig pro Schicht wurde die Notwendigkeit der Lohnerhöhung wohl erkannt. Es wurde aber keine Lohnerhöhung bewilligt, weil die Herren glaubten, daß ihnen erst die Kohlenpreise erhöht werden müßten. Na, sie verlangten sogar, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich vorher für eine Erhöhung der Kohlenpreise einsetzen sollten. Auch bei den Verhandlungen vor dem Schlichter am 14. Oktober, also unmittelbar vor Ausbruch des Streikes, glaubten die Herren sich noch aufs hohe Ross setzen zu dürfen. Sie glaubten auch nicht, daß in wenigen Tagen der Sturm durch Mitteldeutschland fegen würde.

So kam der Streik am 17. Oktober, und er wirkte wie ein reinigendes Gewitter. Schon nach 48 Stunden standen die Betriebe still und mehr wie 65 000 Bergarbeiter im Kampfe. Alle Arbeiter in dem weit ausgedehnten Braunkohlengebiet von der Oberlausitz bis Helmstedt und von Rassel bis Frankfurt a. d. O. standen wie eine Mauer zu-

ammen. Auch die schädlichsten Mittel der Unternehmer, die wirkliche Einheitsfront der Arbeitermassen zu durchbrechen, scheiterten an der klaren Erkenntnis, daß nur Einigkeit zum Ziele führen kann. Man muß in den Bergarbeiterorten gewesen und Teilnehmer der Streikversammlungen gewesen sein, um den geradezu begeisterten Einsatz aller Kräfte richtig würdigen zu können. Mit der größten Geschlossenheit, Mächtigernheit und Disziplin wurde gekämpft.

Die Verleumdungen, die die Unternehmerindustrie der Presse übermittelten, erreichten keine Wirkung. Selbst ausgesprochene Unternehmerorgane mußten die Besonnenheit und Disziplin der Kämpfer anerkennen. Diese Geschlossenheit führte dann auch recht bald zu neuen Verhandlungen und zum Schiedsspruch vom 21. Oktober. Er besagt, daß allen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 11,54 Prozent ab Montag den 24. Oktober zugesprochen wird. Aus den etwa 5 Prozent Lohnerhöhung, die die Unternehmer am 14. Oktober gern durch Schiedsspruch festgesetzt gesehen hätten, wurden 11,54 Prozent. Diese Lohnerhöhung ist für alle Arbeiter von großer Bedeutung.

Noch größer ist aber der Erfolg, der in den freien Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern liegt. Mit der Annahme zur Arbeit gilt die ausgesprochene Kündigung als zurückgenommen. Auch diejenigen Arbeiter, die nicht gefündigt haben und doch in den Streik traten, werden restlos wieder eingestellt. Kontraktbruchstrafen dürfen nicht einbehalten werden. Dort, wo es bereits geschehen ist, sind sie wieder zurückzahlen. Die aus Anlaß der Kündigungsaktion gemäßigten Arbeiter werden wieder eingestellt. Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen, so daß den wieder zur Arbeit Zurückkehrenden alle tariflichen Rechte in bezug auf Urlaub usw. gewahrt bleiben. Die Betriebsräte üben ihre Funktion weiter aus, sie werden die Belegschaften jezt, wo der Schiedsspruch für verbindlich erklärt ist, wieder zur Arbeit zurückführen. Geschlossen ist die Arbeiterschaft auf den Ruf der Organisationen am 17. Oktober in den Streik getreten. Ebenso geschlossen und einmütig kehren sie als Sieger am Montag zur Arbeit zurück.

So hat der Kampf große moralische Erfolge gebracht. Er hat gezeigt, daß auch eine Arbeiterschaft, die in den Jahren nach der Umwälzung sehr oft zu Putzchen mißbraucht wurde, gewerkschaftliche Kämpfe zu führen vermag. Der mitteldeutsche Braunkohlensarbeiterstreik war ein Meilenstein für alle Unternehmer im Bergbau. Er hat bewiesen, daß die Arbeiterschaft im Bergbau sich wieder auf ihre Kraft besonnen hat und gewillt ist, nach gewerkschaftlichen Methoden für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Möge diese Lehre in allen deutschen Bergrevieren verstanden werden, sie zeigt der Arbeiterschaft Wege des Aufstiegs!

Drei Wochen Reichstagspause

Der Reichstag hat sich am Sonnabend vertagt. Der Bürgerblock hat genug der Enttäuschungen und Niederlagen. Er hat die Flucht vor der Öffentlichkeit angetreten, die Flucht vor der Kritik an seinem reaktionären Wirken. Ueber den Verlauf der Sonnabendigung konnten wir untre Leser bereits bis zur Unterbindung der Aussprache über die Interpellationen zum Bergarbeiterstreik unterrichten. Nachzutragen wäre noch eine bökische Niedertracht gegen Volksgenossen im Saargebiet.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs zugunsten der Saargänger, der eine Aufbesserung für etwa 16 000 Sozialrentner und Arbeiter im Saargebiet

Zwei Aufführungen im Stadttheater

Der verzauberte Vogel.

Bei dem ersten Stücke handelt es sich um eine reichhaltige Aufführung. Es ist eine Sollenkomposition des Russen Wilhalm Scherzpine, eine magisch in allen Faubertarten schillernde Musik modernster Prägung mit raffinierten Instrumentationsmöglichkeiten und nur höchster Anlehnung an die nationalromantische Klangwelt. Eine außerordentlich interessante und gelungene Partitur, der zum wahren Märchenhaftem nur ein wenig Realismus fehlt. Als Vorzeichen dazu wieder einmal die alte Geschichte von der verzauberten Prinzessin. Einem an allerlei Kurzweil und Genüssen überfüllten König aus dem legendären Ausland werden die verlockendsten Dinge angesetzt: schöne Frauen und Königinnen aus fremden Ländern, ein Zauber und besessene Sagen. Aber nichts magt ihm Freude, bis der Herrscher einen Prinzen und umgebenen Vogel zeigt. Da ist der alte König plötzlich sehr gefesselt und auch sein Sohn zeigt lebhaftes Interesse für das junge braune Tier. Beide wollen es fangen. Schließlich erwacht der Prinz eine Feder, was der Vogel offenbar sehr schmerzt, denn er wird ganz inwendig und brennt das Singen so sehr wie das Atmen. Da schreut der König auf, auf hat des Vogels die Feder, und schreit in der Fieberhitze: der junge Vogel ist eine ebenbürtige Prinzessin, die natürlich ihren Erlöser dann als Gatten bekommt und den Segen des Himmels und die Heiligungen des Hofstaates hern.

Eine leuchtende aufregende Fabel, die aber schließlich nur Geruch ist für die tangereiche Produktion. Die wurde dem glücklichen gelobt. Ein nettes Bühnenbild und hübsche Kostüme hat sie fast von Edmund Berner übernommen, die typische Leistung verschloß sie selber. Siemans Adams, der Bühnenarchitekt, machte den kostümgewandten König des Volkes durch einige bewegliche Ornamente der Verputz, auch den Hofstaat ab, Carl Heining sang den König. Hr. Gabisch sang hinter der Szene wie ein rechter Königssohn, und Hr. Zickler selbst gab die verzauberte Prinzessin. Ihre Überzeugung hat die Herrin für gewöhnlich auch der Kunst orientiert, sie hat keinen Schmuck und auch nicht anständig, auch das Spiel des Schauspielers, das Gedächtnis der Vorgänge mit viel Phantasie und Humor. So gab es keine mehr als und keine keine Moment auf der Bühne, alles war rhythmisch gruppiert und vollständig bewegt. Die tangereichen Einzelleistungen waren gar nicht erwartung, das Bildhafte sehr wirksam und die musikalische Fassung unter Kaiser des Schicksals außerordentlich lebendig und subtil. Der „General“ war ganz in seinem Element und auf der Höhe seines Könnens. Da gab es keine zum Schluß sehr starken Teil, für den auch der Komponist bestimmt besten konnte.

Sinala.

Ein heiteres Spiel in drei Akten, das die besondere Richtung und musikalische Reizbarkeit, Dr. Hans Sardi, sein Werk. Man kann es aber getrost eine kleine Oper nennen, denn

es ist durchkomponiert, hat wenig Rezitativ und sehr effektvollere Arien und Ensembles.

Die Elemente des Stückes sind jedoch nicht neu: die Partitur ist eine freie Bearbeitung italienischen Musik und der Text geht auf eine alte indische Legende zurück. Die handelt von dem Dämon Raja, der den Mond verschluckt haben soll, von dem Sonnenhelden Savitri und dem Mondmädchen Sinala, die eheben ein gemeinsames und wieder zusammenzuehen. In der symbolisch gemeinten Opernhandlung gelangt ihnen das schließlich, indem die Sinala Sinala Gemahlin des Fürsten Savitri wird, obwohl die Prinzessin Namantjaha (die einen Anketen verlor) ihr den unsterblichen Helmen beinahe weggegriffen hätte, weil Mangwan, der Götterbote, eine Art indischer Nekurs, auf halbem Wege ganz verzögert, daß er Sinala seinem Herrn zuführen sollte. Nachdem noch eine kosmische Romanze vor sich gegangen ist, treffen die beiden Schicksaligen dann glücklich zusammen, und für Namantjaha bleibt nichts zu tun übrig, als sich den Rangwan zu nehmen, da man nun einmal beim Heiraten ist. Nur Raja, in der Oper ein hinderer Bürger, der die Sinala Sinala gern zu seiner Frau gemacht hätte, geht leer aus und joll — wenn man dem alten Schicksal glauben darf — noch heute nicht gut auf das glückliche Paar zu sprechen sein, sondern mit Verurteilung von Sommer- und Rindfleisch immer noch im Univerium herumzuwandern.

Über die symbolischen Hintergründe ist die Angelegenheit eine einfache Liebesgeschichte mit glücklichen Ausgang. Wer besondern Spaß daran hat, kann ja das Symbolische immer vor Augen behalten, kurzweiliger und besserer wird die Sache dadurch nicht. Denn die Verse sind herzlich leicht, von großer — und nicht ohne poetischer — Kraft und Angenehmigkeit. Die Kunst ist wesentlich geschmeidiger, sehr tangereich und brave Opernweise aus der tangereichen Romanze. Da die Geschichte in Indien spielt, hat der Bearbeiter natürlich Manglorit nicht ungehörig hineingewoben, im großen Ganzen aber dominiert das Menschliche in der Partitur, und zwar jenes Menschliche, das schon der Oswald Spenglers Maratzenj untergegangen war.

Aber beim besten Publikum hat die alte Oper noch lange nicht ausgedient, wie der ganz ungewöhnlich kurze Weisfall (zum Teil bei offener Szene) herlanglich bewies. Nun, auch wir haben nicht Freude an den fantastischen Arien und vor allem an der höchsten Niedrigkeit gehabt. Walter Red dirigierte auch dieses Werk sehr und liebensvoll, wenn er manchmal auch dem Orchester das langsame Hebergewicht lag. Alles Schöne ist als Regisseur konnte wieder für tangereiche Belebung der Spieler und für wirkungsvolle Gestaltung. Auch seine Inszenierung war wirklich sehr hübsch. Nur hätte im zweiten Akte das jede Aile der Palastmännern, das neben dem jugendlichen Raja und dem Silber der Sonne und Sonne nachlässig, ja förmlich unfauber wirkte. Auch die drei Akten von Raja in der Inszenierung des Romanze-Geschehens konnten sich nicht vertagen, weil sie durch die Beleuchtung immer gegeneinander ausgeblendet wurden. (Im dritten Akt wurde sich der General in die Romanze und ließ das heranziehende Postkommando Namantjaha im Dunkel. Von den Sängern übernahm Johannes Dieffenbach in

der Titelrolle durch ihre ausgezeichnete stimmliche Verfassung. Am Anfang noch nicht ganz tonischer, sang sie sich später frei und durch ihr schlanke Begato und durch die prächtig perlenden Koloraturen tief ins Herz des Publikums, das ihr rauschende Ovationen bereite. Kam hinzu, daß sie als indisches Mädchen ganz entzückend ausjah und auch im Spiel viel Schärfe aufstellte. Der Miesenerfolg der Aufführung ist vor allem ihr zuzuschreiben. Gottlieb Piior als Savitri dagegen überaus unangenehm: sein Ton war grob und mühselig. Wir wollen zugute halten, daß er die ihm ganz und gar nicht liegende Partie für den erkrankten Durech übernehmen mußte. (Er hat übrigens selbst gemerkt, daß er nicht in Form war, denn er trat nicht mit an die Rampe beim Applaus.) Krumi Seithe spielte eine ausgelassene Namantjaha. Walter Kraraje in flotter Manier den Rangwan. Sehr gut, auch geistreich, machte Ruprecht Guch den genasführten Raja, sicher charakterisiert und ganz ohne komische Tute. Die Tänze der Pantomime boten nichts Erwähnenswertes, der Chor war brav auf dem Posten.

Ein hunder, lebendiger Abend diese beiden Aufführungen, für die das Opernpublikum sicher sehr dankbar sein wird, um so mehr, als es bisher durch den Spielplan weiß Gott nicht vermisst worden ist.

Der Stabierauszug und das Textbuch zu „Sinala“ sind in fauberer Aufmachung beim Verlag und Bühnenvertrieb Atheneum G. m. b. H., Berlin, erschienen.

Einbruch

Wilhelm-Theater.

Die englischen Gaunerkomödien und Kriminalstücke wie „Mrs. Chenes Ende“, „Der dreizehnte Stuhl“ und „Der Heger“ (um nur die in Magdeburg bekannten zu nennen) haben Schule gemacht. Diese psychologisch nicht überlasteten, auf einfaches Geschehen und Spannung gestellten Spiele kommen unserm sensations- und abenteuerlustigen Zeitgeist sehr entgegen, weil sie dem Film nahe verwandt, ja wahrscheinlich sogar ferne Abkömmlinge aus einer Ehe mit dem Theater sind. Auf der Bühne kann man zwar nicht wie im Bildstreifen realistische Schlägereien und Geschehen zeigen, aber man kann die abenteuerliche Atmosphäre mit andern Mitteln ausdrücken, indem man dem Helden statt Kraft Bier, statt phäloner Muskeln intellektuelle Energie gibt, indem man statt der handgreiflichen Auseinandersetzungen das Gegenstück der Gehirne parfüht, statt des körperlichen Heldentums die Geistesfreiheit und Kraftvolligkeit triumphiert läßt. Es mag ja manchem Kunstfreund nicht jäh in den Ohren klingen, aber offenbar ist es jetzt doch so weit, daß das Theater beim Film in die Schule geht.

Gemach, vorderhand bleibt das ja auf das Unterhaltungstheater beschränkt, und da ist es bestimmt kein Schaden. Sind diese Gaunerkomödien nicht viel amüsanter als die faden Lustspiele von Serenissima und Spießbürgern, sind sie nicht auch sozialer, indem sie uns die aus der Bahn gebrachten Menschen nach deren Moral erklären und nicht nur im Spiegel der bourgeoisen Ordnungswelt zeigen? Sind sie in ihrer antibürgerlichen Tendenz nicht viel wirriger und aktueller, in ihrem Tempo nicht viel patender als die aufgewärmten Schwänke

bringen soll, vollständig der Nationalsozialisten Partei...
Nur er ausgebrüllt hatte, wollte man den Antrag gleich
in dritter Lesung verabschieden. Während des Protestes der
drei Nationalsozialisten. Die drei Männlein beantragten:
Vertagung auf Montag. Löbe, gültig wie immer, redete
dem wilden Manne Stöhr gut zu, er wisse doch, daß es um
das Schicksal von 46 000 armen Volksgenossen gehe; es be-
stehe doch gar kein Grund, die Angelegenheit auch nur um
48 Stunden zu vertagen. Stöhr antwortete: „Was geht mich
das an. Ich räche mich dafür, daß ich vorhin nur eine Viertel-
stunde reden durfte.“

Neuer Vorschlag Löbes zur Güte: „Na, Sie können ja
jetzt bei der dritten Lesung eine halbe Stunde reden.“ Graf
Westarp geht noch einen Schritt weiter, er beantragt eine
Stunde Redezeit für Herrn Stöhr, wenn dieser seinen
Widerpruch zurückziehe.

Nun wurde selbst der dickfällige Herr Stöhr recht ver-
legen, aber seinen Widerpruch zog er nicht zurück. Wie man
hört, will die Reichsregierung nun zugunsten der Saar-
gänger eine Verordnung auf Grund des Ermächti-
gungsgesetzes erlassen. So ist die einzige Folge des Schau-
spiels der Fraktion von drei böckischen Schreibern eine Bloß-
stellung für diese selbst.

Gegen den Widerpruch der Kommunisten und Sozial-
demokraten, die verlangten, daß der Reichstag zur Beratung
jenes großen Arbeitsstoffes zusammenbleibe, wurde ent-
sprechend den Beschlüssen des Aeltestenrats die nächste
Sitzung auf den 22. November festgesetzt.

Kampf um die „Germania“

Berlin, 24. Oktober. Die maßgebenden, gleichzeitig
der Reichstagsfraktion des Zentrums angehörigen Mitglieder
des Aufsichtsrats der „Germania“ befassen sich
am Sonntag mit dem Konflikt zwischen dem Besitzer der
Zeitung, dem Reichstagsabgeordneten v. Papen, und
dem Chefredakteur Hermann Dethmold.

Die am Sonnabend abgehaltene Sitzung endete mit
einer schweren Niederlage des Herrn von Papen. Die
anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrats vertraten ein-
stimmig die Ansicht, daß das ohne Wissen des Chefredakteurs
vollzogene Engagement eines von Eugenberg kommenden
und in seinem innersten deutschnationalen Pap-
lans als Redakteur sofort zu widerrufen sei.

Darüber kam es zwischen Herrn v. Papen und den
andern an der Sitzung beteiligten Persönlichkeiten zu einer
kurzen, aber lebhaften Auseinandersetzung. Sie endete damit,
daß der selbstherrliche v. Papen seinen Gut nahm und davon-
lief. Die Folge war, daß die anwesenden Aufsichtsratsmit-
glieder von ihm nunmehr auf schriftlichem Wege bis zum
kommenden Donnerstag eine Stellungnahme in dem von
ihnen gemühten Sinne forderten.

aus der Zeit, da der Großvater die Großmutter nahm? Natürlich
sind sie das, und wer es nicht glaubt, der gehe ins Wilhelm-
Theater zu einer Aufführung der Kriminalgeschichte „Eindbruch“;
er wird dort aus dem Lachen und aus der Spannung nicht heraus-
kommen.

Das Stück hat zwei Väter: Wolf Arthur Roberts und
Arthur Landsberger. Sie haben sich — vielleicht auch nur
einer von ihnen — eine flotte, feste Handlung ausgedacht von
einem Fassadenkletterer, der seine Kenntnisse des Verbrechenlebens
ausnützt und eine G. m. b. H. zur Wiederbeschaffung gestohlenen
Gutes gründet. Er macht damit der attenshmerenden Polizei
derart Konkurrenz, daß sie ihn als Regierungsrat ins Polizei-
präsidium beruft, allwo er, der langgesuchte „Fassadenprinz“,
seinen eignen Fall zu rechtfertigen hat. Wiederholt begegnet er
als Generaldirektor der Wiederbeschaffungszentrale und als hoher
Beamter seinen Komplizen, denen er aber die Treue hält, ja zu
denen er zurückkehrt, als er die Perfidität und moralische Korrupt-
zeit der „nobelen Kreise“, die ihn einstmalig magisch angezogen,
zur Genüge kennengelernt hat. Auch ein Liebes, eine richtige
Apostelbraut ist da, die für die auch in der Groteske offenbar
unentbehrlichen Sentiments sorgt. Aber mehr wollen wir nicht
vertreten.

Gelohnt hat sich die Kompanie Roberts-Landsberger im
Dialog, in dem die beiden Verfasser all ihre Witze und Witzchen
abladen. Au weh, da geht es mitunter verteuft autoritätswidrig
zu und unsere Befehden kriegen allerlei zu hören. Nicht jeder Witz
ist neu, nicht jede Pointe ohne Zwang entwickelt, aber es bleibt
noch eine Fülle prächtiger Frechheiten und komischer Sentenzen
übrig, so daß man oft aufbrüllt vor Lachen und Amüsement.

Friedrich Albert Gros als Leiter der Aufführung hat wieder
sehr sauber gearbeitet. Das ersteilige Tempo war getroffen, die
Sprachregie durchaus zufriedenstellend, um so mehr, als es hierbei
auf einige groteske Übertreibungen nicht ankam. Der Vogel schloß
Herbert Mühlberg als Fassadenprinz in all seinen Verwand-
lungen ab. Die Gruppe dieses Gauners wirkte sympathisch, seine
Betriebsamkeit als Generaldirektor überzeugend, auch die Perfidi-
erkeit als Regierungsrat konnte man ihm glauben, wenn auch seine
betriebsame Schärfe etwas befremdet. (Im letzten Akt mußte
das „Beiseitejagen“ noch Harer herausgearbeitet werden, mit-
unter wirt Mühlberg den Fassadenprinzen und den Regierungs-
rat gar zu auffällig durcheinander. Natürlich ist das bei diesem
Tempo sehr schwierig, aber man traut es unserem Komödianten zu,
wenn man gesehen hat, wie er als Generaldirektor drei Telefons
durcheinander bedient, dabei einen Brief diktiert und noch mit
dem Bureaudirektor verhandelt. Das war eine Bravoleistung!)
Fritz Schmitt als parodierender Oberster Schützenschelm war wieder
ausgezeichnet in Maske und Mimik, Fritz Proff als Einbrecher
Emit eine bewingende lobenswerte Typen. Eva Pratt als
sensations- und auch sonst kühner Tochter eines reichen Vaters
recht wirkungsvoll, Anneliese Dieffenbach als Apostelbraut
Paula auch in den sentimentalen Szenen überzeugend. Als Ober-
regierungsrat konnte Günter v. Sohlen wieder eine seiner
prächtigen steifen Beamtentypen zeigen. Konrad Vassen einen
jungen Achtschnepper. Karen Federsdorf gab sich als
Fassadenprinz etwas zu karikiert, Gertrud Adams als anrüchige

Samburger Landesausschuwahlen

Hamburg, 24. Oktober. Die Wahlen zum Landesaus-
schuß des Samburger Landgebiets haben nach den vorliegenden
Ergebnissen den Klud nach links bei den Bürgerstimmwahlen
bestätigt.

Die Sozialdemokraten haben mit 14 797 Stimmen
(Landesausschuwahlen 1924 = 10 847 Stimmen) ihre Stimmen
gegenüber dem 9. Oktober mit 14 417 Stimmen noch etwas erhöht.
Der Bürgerbund (Deutsche Volkspartei und Deutsch-
nationale) sind von 18 100 am 9. Oktober auf 18 818 Stimmen
(1924 = 18 018 Stimmen) zurückgegangen, die Kommunisten
von 8418 am 9. Oktober auf 8857 (1924 = 8436), während
die Demokraten ihre Verluste etwas wettmachen konnten
und mit 8857 am 9. Oktober auf 4878 (1924 = 4818 Stimmen)
aufholten.

Mit diesem Ergebnis gewinnen die Sozialdemokraten zu den
bisherigen vier Sitzen im Ausschuß des Landgebiets zwei, der
Bürgerbund verliert zwei und hat ebenfalls sechs Sitze, während
die Demokraten ihre zwei Sitze und die Kommunisten ihren einen
Sitz halten.

Vorschläge zur Flaggenfrage

Der Arbeitsausschuß der „Vereinigung Republikanische Presse“
hat praktische Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage
ausgearbeitet, die der Reichsregierung und den Reichstagsfrak-
tionen der Sozialdemokratischen Partei, Deutschdemokratischen
Partei, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftsbereinigungs- und dem
Zentrum zugeleitet worden sind und für deren gelegentliche
Durchführung die republikanische Presse sich einsetzen wird.

1. Vorschlag betreffend die Nationalflagge.
Jeder Deutsche, der eine ausländische Flagge führt, ist
verpflichtet, in gleicher Höhe und in gleicher Größe eine Flagge
in den Reichsfarben Schwarzrotgold zu führen.
Begründung: Der bekannte Flaggenkonflikt mit den
Verliner Hotels hatte seinen Ursprung darin, daß das Hotel Adlon
am amerikanischen Unabhängigkeitstag und der „Kaiserhof“ anläß-
lich eines Besuchs des New Yorker Bürgermeisters Walker das
Ehrenbanner der Union führten, während die deutsche Natio-
nalflagge trotz Aufforderung nicht gezeigt wurde. Inzwischen
hat sich der Hotelverein bereit erklärt, auf seine Mitglieder dahin
zu wirken, daß neben ausländischen Flaggen auch „die deutschen
Reichsflaggen“ zu zeigen sind. Eine gesetzliche Regelung, wie
sie übrigens im Ausland mehrfach besteht, ist indes notwendig, ein-
mal, weil die Beachtung dessen, was die nationale Würde be-
langt, nicht in das freie Ermessen der Hotelbesitzer gestellt sein
darf, ferner, weil es sich nicht nur um die Hotels, sondern um
Räumlichkeiten und Veranstaltungen anderer Art — man denke an
Flughäfen, Empfänge in öffentlichen Gärten, Schiffe usw. —
handelt.

2. Vorschlag betreffend die Handelsflagge.
Die schwarzrotgoldene Wösch, die nach der Reichs-
verfassung für die Handelsflagge vorgeschrieben ist, muß ein
Drittel des Flagentuches ausmachen.
Begründung: Die Weimarer Verfassung hat, aus dem
übrigen unzutreffenden Grunde der besseren Sichtbarkeit, als Han-
delsflagge die Farben Schwarzweißrot mit Schwarzrotgold in der
oberen inneren Ecke festgesetzt. Diese Kompromißlösung hat dahin
geführt, daß einerseits von Gegnern der Farben Schwarzrotgold
die Handelsflagge ohne jene Beziehung zu dem ihr von der Ver-
fassung angewiesenen Bereich der Handelsseifahrt gezeigt wird,
andererseits die schwarzrotgoldene sogenannte Wösch vielfach einen
winzigen Umfang gezeigt hat, der oft nur ein Zwanzigstel, manch-
mal sogar einen noch geringeren Bruchteil des Flagentuches aus-
macht. Diesem Mißbrauch der Verfassung muß entgegengetreten
werden. Das schwarzrotgoldene Feld muß deutlich sichtbar sein.
Das wird dadurch erreicht, daß es den vierten Teil des Fahnen-
tuches bedeckt.

3. Vorschlag betreffend die Reichswehrflagge:
Die Reichswehrflagge (bisher Reichskriegsflagge) ist
Schwarzrotgold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte.
Begründung: Der bisher angewandte Ausdruck „Reichs-
kriegsflagge“ ist sachlich und sprachlich falsch. Es handelt sich nicht
um eine Flagge für den „Reichskrieg“ überhaupt nicht um eine
Flagge für den Krieg, sondern um die Flagge für die Reichswehr.
Die Reichsverfassung sieht eine besondere Reichswehrflagge nicht
vor. Gilt man eine besondere Reichswehrflagge für notwendig,
so ist es am zweckmäßigsten, als solche die jetzt schon bestehende
Flagge des Reichswehrministeriums zu wählen, die Schwarzrot-
gold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte ist.

Baronin war in ihrem Element, Loni Schumacher als Sekre-
tärin sehr nett. Auch Theo Leonhardt war mit seiner Spezia-
lität als Bureaudirektor ausgezeichnet.
Unterhaltsam, spannend, wichtig und lustig ist das Stück.
Was will man mehr von einer Groteske! Der Jubel des Publi-
kums war begreiflich und von den Spielern durchaus verdient.
Etc.

Kleistfeier

Da man mit dem „Räthchen von Heilbrunn“ nicht rechtzeitig
fertig geworden ist im Stadttheater, hat man des großen Drama-
tikers wenigstens in einer Morgenfeier am Sonntag gedacht.
Professor Ferdinand Gregori sagte einiges über Kleists Bedeu-
tung für die deutsche Literatur und für das deutsche Theater, um
dann Proben aus dem Werke des unglücklichen Dichters mit be-
kannter Meisterhaftigkeit vorzutragen.

Aus dem letzten Brief an Marie v. Kleist spürte man die
tiefe Verzweiflung und den Lebenskel des Vierunddreißigjährigen,
dem der Tod wirklich eine Erlösung war. Der „Brief eines Malers
an seinen Sohn“ und zwei Anekdoten legten Zeugnis ab von der
feinen die Dinge plastisch schilbernden Stil- und Erzählungs-
kunst Kleists. Aus einigen Szenen der „Penthesilea“ und aus dem
Guistard-Fragment wurden die sprachliche Kraft und die unerhörte
Wucht seines dramatischen Gestaltungsbewusstseins klar.

In der Einleitung betonte Gregori sehr richtig, daß Kleist
als Bühnendichter seiner Zeit weit voraus war, soweit, daß selbst
der vom praktischen Theaterbetrieb eingefangene Goethe ihn nicht
voll würdigen konnte. Kleist kann man in der Tat erfr spielen und
inszenieren, nachdem man durch die naturalistische Schule gegangen
ist, nachdem man es bei pathetischer Deklamation und statuarischer
Schilderung nicht mehr bewenden läßt, sondern den Menschen
in seiner Totalität aus Gut und Böse, in seiner seelischen Viel-
fältigkeit zu verdeutlichen trachtet. Warme Worte fand Gregori
bei der Anklage gegen die Zeit, die einen ihrer größten Söhne
enttäuscht und zermürbt ins frühe Grab trieb.

Um so befreudlicher mußte es wirken, daß der Vortragende
für das Suchen und Streben der heutigen jungen Generation nur
Verachtung aufbrachte. Mit derselben eiteln Liebe zu der Ver-
gangenheit, in der man selbst einmal eine beachtliche Rolle gespielt
hat, mit derselben Verblendung und Lieblosigkeit gegen das nach-
drängende Neue haben seinerzeit die Literaturprofessoren und
Theatergemaligen den jungen Kleist abgetan. Gerade diese Sucht,
das Kommende zu verkleinern und die aus der Entwicklung sich
ergebenden neuen Ausdrucksformen verächtlich zu machen: diese
häßliche Aufschneidung der Leute aus der guten alten Zeit gegen
die Leute von heute und morgen hat solche Tragödien des
Genies herbeiführt, wie sie uns der zeitabgewandte Professor
Gregori am Falle Kleist erklären wollte. — Nein, Herr Pro-
fessor, wir wollen lieber den vor 150 Jahren geborenen Kleist
vergesen, als dem für und vor Ihnen so verachtete Epoche
geborenen, vielleicht schon unter uns weilenden ein gleiches Schicksal
zu bereiten. Wenn Sie mit Steinen nach dem Göttern werfen,
sollen Sie besser daran, aus dem hermetischen Glaskasten von
heute zu gehen, Herr Professor! Etc.

Diese Regelung empfiehlt sich schon deshalb, um die Ueberfülle
der bereits bestehenden Flaggen einzuschränken. Auch ist nicht ein-
zusehen, weshalb die Reichswehr eine andre Flagge als der Reichs-
wehrminister führen soll.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 27. September
1919 setzte als Reichskriegsflagge das „bisherige Muster“ (weißes
Flagentuch mit schwarzen horizontalen und vertikalen Streifen),
dem neuen Reichsadler in der Mitte und einer schwarzrotgoldenen
Wösch mit dem Eisernen Kreuz fest. Diese Regelung erscheint nicht
als sachgemäß, da die alte Kriegsflagge auf den preussischen Farben
Schwarzweiß beruht und die Flagge der Reichswehr nicht auf
die Farben eines Landes zurückzugreifen braucht. Die noch heute
gültige Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1921, die
eine schwarzweißrote Kriegsflagge mit dem Eisernen Kreuz in der
Mitte und der schwarzrotgoldenen Wösch festsetzt, entspricht weder
der Weimarer Verfassung, die die Farben Schwarz-Weiß-Rot nur
für die Handelsflagge zuläßt, für alle andern Fälle aber Schwarz-
rotgold als Reichsfarben bestimmt, noch der früheren Tradition, da
auch das Kaiserreich eine schwarzweißrote Kriegsflagge niemals
gekannt hat.

Fahnenweihe in Arensdorf

Berlin, 24. Oktober. Am Sonntag fand in Arens-
dorf die Fahnenweihe der dortigen Ortsgruppe des
Reichsbanners statt. Diese Ortsgruppe hatte sich gebildet,
nachdem im Verlauf eines Ueberfalls von Mitgliedern rechts-
radikaler Organisationen im Juni d. J. zwei Reichsbannerleute
getötet und mehrere verletzt worden waren. Im Verlauf der
Veranstaltung wies der Regierungspräsident von Frank-
furt a. O. darauf hin, daß er seinen Gruß nicht nur als
Kamerad des Reichsbanners darbringe, dem er nach der Tat von
Arensdorf demonstrativ beigetreten sei, sondern auch als Beamter
des preussischen Staates.

Im Anschluß an die Begrüßungsreden formierte sich ein
Zug, der durch Arensdorf marschierte und an dem Kriegsgefallenen-
denkmal einen Kranz niederlegte.

Das Haus des Mörders von Arensdorf war durch ein großes
Aufgebot von Landjägern und Schutzpolizei gesichert.

„Winkerton“

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: Folgenden Brief
legte der Postbote auf den Schreibtisch eines unsrer Leser
nieder:

Sehr geehrter Herr Direktor,
wir haben in Erfahrung gebracht, daß sich in Ihrem Be-
trieb eine kommunistische Zelle gebildet hat. Der Zweck
dieser Zellen ist Ihnen bekannt. Derselben haben dafür zu
sorgen, daß Unfrieden in Ihren Betrieb kommt, daß die
Arbeitskraft aufgemiegelt wird, daß Streiks ausbrechen
und so weiter.

Wir wissen, wer von Ihren Betriebsangehörigen an
dieser Zellenbildung beteiligt ist, wer ihr Führer ist usw.
Geben Sie uns den Auftrag, Ihren Betrieb zu beobachten, damit
wir Ihnen die Namen der betreffenden Personen mitteilen, die
Sie so zur Entlassung bringen können. Ihrem geschätzten
Auftrag...

Hochachtungsvoll
Winkertongesellschaft.

Von Winkertons haben wir alle schon einmal gehört.
Ihre Spezialität ist, wie wir sehen, Betriebsispiele. Ei.
Was macht ein Betriebsleiter, dem so ein Brief auf den Tisch
des Hauses fliegt? Vielleicht sagt er sich: „Nun, das haben
die Kommunisten von ihrer dummen Geheimnisfrämerei,
von ihrer Rollenpielerei, die unnötig ist und ihnen, wie das
Beispiel beweist, mehr schadet als nützt. Meine Sache ist es
aber nicht, ihre Fehler zu ahnden oder zu korrigieren.“ Der
Brief fliegt in den Papierkorb.

Wenn allgemein so gehandelt würde, könnte Winkerton
keinen Schaden anrichten. Unser Leser z. B. aber, der das
oben wiedergegebene Schreiben erhielt, schreibt uns:

Ein Brief, wie der Ihnen vorgelegte der Winkertongesell-
schaft, hätte mich noch vor kurzem sehr nachdenklich ge-
stimmt, ich wäre schwerlich leichten Herzens über seinen
Inhalt hinweggegangen, er hätte vielleicht zu bedauerlichen
Folgen geführt...

Und warum ist das nicht geschehen? Unser Gewährs-
mann schreibt uns weiter:

Ich bin seit anderthalb Jahren nicht mehr Direktor des
Werkes, als welcher ich in dem Briefe der Winkertongesellschaft
angesprochen werde. Das Werk selber liegt seit etwa einem
Jahre vollkommen still, es beschäftigt keinen ein-
zigen seiner früher so zahlreichen Arbeiter mehr. Die
Winkertongesellschaft aber stellt in einem Briefe, der das Datum
dieses Monats und dieses Jahres trägt, fest, daß sich in dem Be-
trieb, der still und öde daliegt, eine „kommunistische Zelle“ ge-
bildet hat.

Wir übergeben dieses Beispiel aus dem Kampf
unserer Zeit hiermit der Öffentlichkeit. Insbesondere, die
bisher derartigen Gesellschaften einen gewissen Wert bei-
legen, werden vielleicht daraufhin ihr Urteil revidieren.

Gute alte Bekannte sind in Magdeburg die
Winkerton. Im Sommer 1920 rücherte Oberpräsident
Sörjng auf Grund des Materials, das ihm die „Volks-
stimme“ lieferte, die berüchtigte Spitzelzentrale der
Ulmann, Schaper u. Ko. aus. Die „Winkerton“-Gesellschaft
war auch damals an der Spitze beteiligt — ihre Leiter
schwarzen aber Stein und Bein, daß sie nichts, aber auch rein
gar nichts mit Politik zu tun hätten, sondern lediglich krimi-
nalistische Zwecke verfolgten und ihre Betriebsspitzelei nur
den Zweck habe, Diebstähle aufzudecken. Damals war die
Entdeckung „Roter Armeen“ die Spezialität, heute ist es die
von kommunistischen „Betriebszellen“. Zuerläufige Leute!
Damals ließen sie „Rote Armeen“ marschieren und heute
entdecken sie „Rote Zellen“ in Betrieben, die seit Jahr und
Tag stillgelegt sind.

Notizen

Rote Frontkämpfer unter sich. In der Sonntagnacht wurden
in einer Wirtschaft in Altenessen dem Bergmann Brandt, der bis
vor wenigen Wochen dem Roten Frontkämpferbund angehört hatte,
von seinen früheren Kameraden Vornwürfe gemacht. Er berief
darauf das Lokal. Seine Widersacher folgten ihm auf die Straße.
Nun gab Brandt aus einem Nebolker sechs Schüsse ab und ver-
legte fünf seiner Angreifer.

Deutschösterreichisches Strafrecht. Am Sonntag traten in
Berlin die Vertreter der beiden zur Beratung des Strafgeset-
zentwurfs eingesetzten Sonderausschüsse der deutschen und
österreichischen Volksvertretung zusammen, um sich über die Schaf-
fung eines einheitlichen Strafgesetzes für beide Länder
und die Reihfolge der Gemeinschaftsarbeit zu verständigen. An
diesen Beratungen nahmen teil für Oesterreich der Präsident des
Nationalrats Dr. Baber, ferner der Generalsekretär für
den Strafgesetzentwurf Prof. Dr. Rintelen und Dr. Eisler; für
Deutschland die Abgg. Prof. Rahl, der frühere Reichsjustizminister
Emminger und Dr. Rosenfeld.

Gewerkschaftsbewegung

Schulungsarbeit im Deutschen Bauergewerksbund

Die Leitung des Bezirks Magdeburg des Deutschen Bauergewerksbundes hatte die Jugendleiter der Bauergewerkschaften zu einer Jugendleiter-Konferenz nach Magdeburg eingeladen, der auch der Reichs-Jugendobmann, Kollege Pistorius, beizuwohnte.

Der Bezirksleiter Koch begrüßte die Erschienenen und ging näher darauf ein, warum die Konferenz einberufen worden ist. Darauf erteilte er dem Kollegen Pistorius das Wort, der zuerst in seinem Vortrag auf das rechtliche Verhältnis des Lehrlings einging. Hier mußten wir entscheiden fordern, daß dem Standpunkt der Unternehmer, den Lehrvertrag zu einem Erziehungsvertrag zu machen, entgegengetreten wird. Nach der heutigen Rechtsgrundlage sind die Lehrverträge auch Arbeitsverträge. Dort, wo Verletzungen der Lehrverträge vorkommen, muß der Innungsausschuß und das Arbeitsgericht angerufen werden. Wo jetzt auf Grund der tariflich geregelten Lehrlingslöhne die Unternehmer versuchen, das Lehrgeld zu erhöhen, kann das nur mit Zustimmung des Gesellenausschusses vorgenommen werden. In den Fällen, wo die Unternehmer nicht organisiert sind, muß nur das Arbeitsgericht angerufen werden.

Im zweiten Teile des Vortrags schildert Medner, in welcher Weise am besten Jugendarbeit vorgenommen werden kann. Die Bildung eines guten Funktionärstammes ist die Voraussetzung zu jedem weiteren Fortschritt. Überall dort, wo Aufgaben eingerichtet wurden, habe diese einen guten Zweck unserer gesamten Zusammenkünfte gezeitigt. Des weitern tragen die Bauabende dazu bei, dem jungen Kollegen mehr Verständnis für seinen zu erlernenden Beruf beizubringen. Mit der beruflichen Schulung muß auch gleichzeitig die gewerkschaftliche Schulung vor sich gehen; dabei muß auch die wirtschaftliche Stellung unseres Berufs mit behandelt werden. Wenn sich so die Kollegen allerorts ihrer Verantwortung gegenüber den Lehrlingen und somit der Zukunft bewußt sind, wird der Bauergewerksbund eine geschlossene Organisation werden.

In der Diskussion nahmen sämtliche Jugendleiter teil. Ihre Ausführungen und Anregungen deckten sich mit denen des Medners. Überall, wo eine fruchtbare Arbeit in der Jugendbewegung vorgenommen wird, ist auch ein guter Fortschritt vorhanden.

Im allgemeinen hat die Jugendleiter-Konferenz gezeigt, wie weit in unserm Bezirk die Jugendbewegung fortgeschritten ist, ebenfalls aber auch, in welcher Weise noch Arbeiten zur Aufklärung und Ausbildung zu leisten sind. Sicherlich wird die Konferenz dazu beitragen, ein Ansporn für unsere Kollegen zu sein, mehr als bisher auf diesem Gebiet zu arbeiten.

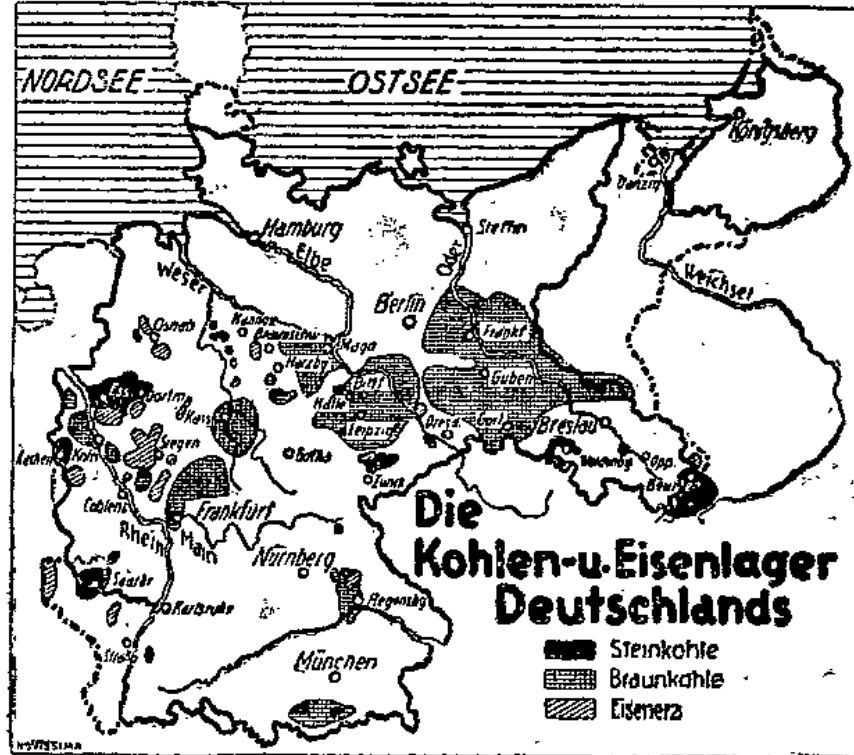
Schiedspruch für das westfälische Brauereigewerbe. Im Lohnstreit im Brauereigewerbe des westfälischen Westfalens und des freistaatlichen Lippe und Ostniederrhein wurde ein Schiedspruch gefällt, der die Lohnsätze mit Wirkung vom 6. September 1927 um 14,8 Prozent erhöht. Der Schiedspruch hat Gültigkeit bis zum 31. August 1928 und kann von diesem Zeitpunkt an mit einmonatiger Frist gekündigt werden. Zeigt inzwischen der Reichsindex eine Veränderung um 8 Prozent, so steht es jeder Partei zu, vor Ablauf der Gültigkeit eine Änderung der Lohnsätze zu verlangen.

Der Solinger Metallarbeiterstreik beendet. Unter dem Vorherrschaft des Stadtdamms Beder (Warmer) vom Staatlichen Schlichtungsausschuß für das Bergische Land schlossen die streikenden Parteien der Solinger Metallindustrie eine den Lohnkampf beendende Vereinbarung, durch die eine Lohnersatzung um 5 bis 20 Prozent eintritt. Das Abkommen vom 24. d. M. an und kann mit Monatsfrist freibleibens zum 30. April 1928 gekündigt werden. In bezug auf Arbeitszeit und Zuschläge für Mehrarbeit fällt der Schlichter zwei Schiedsprüche, wonach das zum 31. Oktober 1927 gekündigte Arbeitszeitabkommen vom 1. November an wieder in Kraft tritt, die Ueberzeitarbeit auf 4 Stunden pro Woche zu beschränken ist und die Zuschläge hierfür auf 15 bis 25 Prozent festgesetzt werden.

Zwischenzeitliche Lohnerhöhung. Den Hamburger Hoch- und Straßenbahnern wurde nach schwierigen Verhandlungen mit der Direktion der Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft vom 1. Oktober an eine Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde für männliche erwachsene Arbeiter, von 2 Pf. die Stunde für Frauen zugesprochen. Die Lohnerhöhung wurde eingeleitet auf Grund einer bei der letzten Lohnvereinbarung im März festgelegten Klausel, wonach während der Dauer des Vertrags, der an sich bis zum 31. März nächsten Jahres läuft, auch dann eine Lohnerhöhung vorgenommen werden kann, wenn sich am 1. Oktober herausstellt, daß wesentliche wirtschaftliche Veränderungen eingetreten sind.

Deutschlands Kohlen- und Eisenlager

Der Bergarbeiterstreit hat die Aufmerksamkeit wieder einmal auf den deutschen Bergbau gelenkt, der der Arbeiterzahl nach unter den einzelnen Gewerbebezügen Deutschlands an zweiter Stelle steht. Das bedeutendste Steinkohlegebiet liegt bekanntlich an der Ruhr, das sich im Westphalen und den nördlichen Teilen des Rheinlands befindet. Das wichtigste Kohlengebiet an der Saar ist uns durch



den Versailler Vertrag vorläufig genommen worden, wie auch der größere Teil des Steinkohlenbeckens von Oberschlesien uns heute entzogen ist. Zwischen Oberschlesien und dem Ruhrgebiet ziehen sich aber weite Braunkohlenlager hin, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnen und das steinkohlenarme Mitteldeutschland entschädigen. Mäßig sind auch die Braunkohlenlager von Pöln, auf die ein großes Viertel der gesamten deutschen Braunkohlenförderung entfällt. Die wichtigsten Eisenerzlager, nach dem Verlust Lothringens, befinden sich im Siegerland sowie an der Ruhr und an der Dill. Süddeutschland ist verhältnismäßig arm an Bodenschätzen, nur in Bayern gibt es einige bescheidene Braunkohlenlager.

Aus der Wirtschaft

Das Drängen nach höhere Kohlenpreise

In der letzten Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrials wurde u. a. festgestellt, daß die im Monat August festgestellte Besserung im Absatz auch im September und Oktober angehalten hat. Das Syndikat hat sich in der gleichen Sitzung u. a. auch mit den umfangreichen Kokerneubauten beschäftigt und dabei offen zugegeben, daß es sich hauptsächlich bei diesen Neubauten um einen Quotenkampf handelt, der zum Teil nicht bestimmt wird von wirt-

schaftlichen Erwägungen. Damit erkennt das Ruhrkohlen-Syndikat die auch von uns mehrfach geübte Kritik an der Nationalisierung des Ruhrbergbaues an.

Das Syndikat beschloß ferner, die Umlage für den Monat September auf 1,88 Mark pro Tonne zu erhöhen. Es ist bekannt, daß die Preisen, die vorzugsweise oder ausschließlich für das bestirnte Gebiet fördern, diese hohe Umlage für die Ausgleichsfläche nur sehr ungern zahlen, weil die Inländerlöse dadurch verringert werden. Es wird damit unausweichlich, daß der

Mit 9 Jahren viermal nach Amerika - beinahe!

Das Beispiel großer Abenteurer wirkt ansteckend. Glückt einem ein tolles Stück, so wollen hundert andere es ihm nachmachen.

Der Ruhm der Amerika-Europafahrer ließ den kleinen Hans Hell aus Cottbus nicht schlafen. Der braungebrannte Bengel erzählt unferem Berichterstatter:



„Hiermal habe ich versucht, nach Amerika zu kommen. Das letzte Mal bin ich bis aufs Schiff gekommen. Das zweite Mal erwartete mich ein Grüner in Berlin auf dem Bahnhof. Er fragte mich, wen ich hier suchte. Ich sagte, meinen Vater, und er sagte darauf: ich will dich gleich mitnehmen, und — aus war's. Das dritte Mal war ich schon in Hamburg, aber mein Kamerad Fritz Fromm sagte einer Frau, daß wir nach Amerika wollten. Da nahm sie uns mit in ihre Wohnung und telephonierte an die Polizei.“

Was ich mitnahm? Ein Taschenmesser, Vaters alten Brotbeutel und meine Briefmarkensammlung, weil ich unterwegs immer Karten verkauft habe, wenn ich Geld brauchte. Und dann hatte ich mir aus Muttters Küche ja zwei Pfund Kathreiners Malzstosse mitgenommen, den mit dem Bild vom Pfarrer Kneipp drauf. Ich hatte ihn mir zu Hause gleich gemahlen. Und ich habe ihn dann so gekocht, wie es hinten auf dem Paket abgedruckt ist. Ganz genau so. Das hat dann immer sehr schön gerochen, genau wie bei uns zu Hause am Kaffeetisch. Mir ist dann immer ganz froh geworden.

Mutter brauchte auch nicht zu schimpfen, weil ich ihr was weggenommen habe. Denn sie sagt ja selbst immer, 12 Tassen Kathreiner kosten nur 5 Pfennige, und sie sagt auch, daß man gesund bleibt, wenn man immer Kathreiner trinkt. Und ich habe die vier Tage auch sehr ausgehalten, bis ich aufs Schiff kam. Also bitte!

Jetzt habe ich eingesehen, daß ich erst auf der Schule was lernen muß, damit ich richtig Geld verdienen kann. Sonst komme ich doch nicht bis nach Amerika.“

Der falsche Prinz

Erinnerungen von Harry Domela.
Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(46. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie war ganz überaus. Das hätte sie nicht erwartet! Sie geriet in Wallung: „Aber ich bitte, Königliche Hoheit! Sie können gerade Königliche Hoheit so etwas sagen! Ebert ist doch ein Curer Königlichen Hoheit Glend genau so wie ein unierum schuld! So Ebert nicht gewesen wäre, würden wir heute noch unsere Fürsten haben!“ — „Da hat meine Frau ganz recht, Königliche Hoheit! Ohne Ebert keine Revolution, ohne Revolution keine Republik, ohne Republik würde unser guter Herzog hier noch regieren! Ein Jammer ist es, ein Jammer!“

Da fuhr ich ihm glatt über den Mund und äußerte bewußt als schnoddriger Hohenzoller: „Ach was! Herzog hin! Herzog her! Ein Stück, daß einmal alle die vielen Potentaten von der Weltfläche verschwunden sind!“ — „Aber Königliche Hoheit! Wir verstehen wirklich nicht...!“ riefen beide eulstet, „war es denn früher nicht viel besser in unserm Lande? Aber nein, die Fürsten mußten die Sündenböcke sein, damit andre, wie dieser Ebert, ihren Platz einnehmen konnten.“

„Ich bitte doch, meine Verehrtesten, geredet zu urteilen. Gerade vom Adel kann ich am ehesten ein unparteiisches Urteil erwarten. Er sitzt nach wie vor geruchsam auf seinen Gütern, in Amt und Würden. Ebert hat ihm gar nichts zuleide getan. Und dann muß ich sagen, daß Ebert seinen Posten als Reichspräsident geradezu eulstet hat wie irgendein preußischer Graf oder Feldmarschall. Lehten Endes hat mein Vater ihn zu verdanken, daß er heute ein freier Mann ist und sich in Dells aufhalten darf.“

Frau v. W. sah mich entseuert an! Falls eine Handgranate unter dem Tisch explodiert wäre, sie beiden hätten nicht entseuert aussehen können.

„Ich bitte aber, Königliche Hoheit, zu bedenken.“ hinstierte der alte Kammerherr, „daß Ebert und Genossen den Sieg hintertrieben haben!“ — „Ist mit ganz neu,“ erwiderte ich unbeeinträchtigt. „Im Gegenteil, als alles zusammenbrach, war Ebert derjenige, der das Volk genügend in der Hand hatte, um uns vor dem Schlimmsten zu bewahren. Er hätte seinen Einfluß auch ganz anders geltend machen können.“

Die Frau Kammerherr sah hilfesuchend nach ihrem Gemahl. Sie wirkte gar nicht mehr, ob sie noch ein Wortchen sagen sollte oder nicht. Neros spielte sie mit ihrer Galskette. Sie hielt es jedoch für nötig, ihrem Gemahl die Unterhaltung zu überlassen. Der alte Kammerherr postierte jetzt los. „Ebert ist ein Verräter, jawohl! Sie haben alle dafür gesorgt, daß die Siegestimmung verflieg. Aufhängen hätte man die Kerle sollen, die den Konstitutionarbeitsfreiheit gebildet haben.“

„Aum,“ erwiderte ich kühl, „hören wir auf davon!“ Die beiden waren ganz aus der Fassung geraten. Wie erschlagen saßen sie vor mir.

Wir sprachen nur noch von gleichgültigen Dingen. Ein ungewohnter Ton wollte nicht mehr aufkommen. Die Intimität der Unterhaltung war zertrüben. Daher trank ich bald mein Glas Wein aus und betrahtete mich. Der alte Kammerherr begleitete mich. Schweigend ging er eine Weile neben mir

her. Dann schlug er plötzlich einen burlesken Ton an und machte mich auf einige Leute aufmerksam, die uns begegneten. Ich hatte zunächst angenommen, die offene Aussprache habe mir bei ihm geschadet. Ich merkte jedoch bald, wie sehr ich mich irrite. Im Gegenteil, der „Freimut“ des Prinzen hatte seinen Eindruck nicht verfehlt. Nur, mich der Alte jetzt peinlich jedes ähnliche Thema. Nach seiner Meinung war ich eben ein junger Mensch, der noch vieles zu lernen hatte. Ich hatte das Empfinden, daß er sich sagte: „Gott sei Dank, daß wir den so bald nicht zum Kaiser bekommen...“ Und wenn, dann werden wir ihn schon unter die Fuchtel nehmen und ihm unsere Ansichten beibringen.“ In meiner Prinzenrolle wieserte er natürlich nicht im geringsten.

Am nächsten Morgen holte mich der Kammerherr v. W. im Hotel ab. Die kleine Versammlung vom vergangenen Tage war ganz verfloren. Er war wieder der joviale alte Herr, nur legte er ein weniger sicheres Wesen an den Tag und umging wieder sorgfältig Gesprächsgegenstände, die auch im entferntesten das „republikanische“ Herz des Prinzen hätten in Wallung bringen können. Auf der Fahrt nach Tübingen bat ich ihn, mir einiges über den Jagdherrn zu sagen, damit ich ungefähr wisse, wen ich denn vor mir habe. Er entgegnete: „Na, der alte Kr. ist ein verdrehtes Kuh; seine Frau ist eine geborne Sch.“ Das war alles, was ich von ihm herausbringen konnte.

Jagdgesellschaft.
Vor dem Portal des Schlosses empfing mich der Kammerherr v. Kr. und bedankte sich, daß ich seiner Einladung Folge geleistet hatte. Ich wies den Dank zurück und bemerkte, in erster Linie hätte ich ihm zu danken. Durch diese Liebenswürdigkeit hatte ich ihn sofort für mich gewonnen.

Die Gäste waren schon alle zur Stelle. Da waren zwei Landjunker, Vater und Sohn, zwei Herren v. H., ausgesprochene Lauerentypen. In Ostpreußen gibt es einen Knechtstap, die, dollgefreute Jungen, die ihre ganze Welt darin sehen, sich Weiber und ein Stück Leberwurst zu Gemüte zu führen, dazu ein Glas Korn. So traten die beiden mir entgegen, nur durch ihr Alter von einander zu unterscheiden. Ich habe sie während der ganzen Jagd wie Luft behandelt; sie fanden es aber ganz in der Ordnung. Da war ein Major v. S., mit einem roten, vornehmlichen Gesicht wie ein preußischer Feldwebel. So etwas an Veranlassung habe ich selten in einem Gesellschaft gesehen.

Ein Mittmeister v. W., durch und durch Hofmann, äußerlich blasiert, mit einer Haltung, die zu allem und allen Aufwand beobachtete. Er sprach immer sehr ruhig und ganz leise, dem Neugier nach die sympathischste Figur. Es waren noch einige andre Herren anwesend, deren Namen ich nicht behalten habe. Die Dame des Hauses war sympathisch, eine ruhige, fähige Erscheinung. Ihr Mann dagegen sah wie ein romantischer Spanier aus, lang und hager, mit wehendem Schnurrbart. Beim Eintritt erhielt ich eine prachtvolle Doppelbüchse ausgehändigt. Unter dem Schloßportal stellte sich mir der Förster mit seinem Giebel vor. Die Treiber, etwa hundert Mann, sammelten sich, während die Dame des Hauses mich auf der Höhe der Schloßterrasse begrüßte. Wir wurden in ein Zimmer zum Jagdfrühstück gebeten. Es bestand aus zwei warmen Sälen, wozu viel Kaminfeuer geflammte wurde. Ich hielt mich an den Rortwein. Die Herren machten sich selbst einige Jagdbroie zurecht. Als ich die Frau des Hauses fragte, was für gefalgene Brätchen das

ba seien, erwiderte sie, die stelle sie selbst her; das Salz solle den Jägern lüchtigen Durst machen.

Die Jagd, die nun begann, war für mich etwas Neues. Was ich bisher nur aus Büchern kannte, sollte ich jetzt in höchst-eigener Person mitemachen. Im mich Leute vom alten Adel, an Jagd und Zagen gewöhnt, die Herren der großen Jagd, die sie seit Jahrhunderten als ihr unbestrittenes Vorrecht betrachteten, und ich die Hauptperson, um meinetwillen das ganze Drum und Dran. Ich war voll romantischer Erwartungen.

Nur hinterm Dorfe waren die Treiber zur Stelle. Der alte W. ging aufgeräumt neben mir her und gab mir noch einige gute Ratschläge. Da es heftig gestoren hatte und das Wetter neblig war, sagte er mir, ich solle etwas höher zielen, auf getrockneten Boden lassen die Hasen sehr rasch, und der Nebel läufige. Es wurden vier Kessel getrieben. Beim ersten Kessel war das Wetter sehr trübe. Die Treiber zogen in langer Reihe aus. Es dauerte lange, bevor sie einen Kessel umgangen hatten. Als dann erfolgten die Abtourmandierungen. Als die Reihe an mich kam, hieß es: „Würden Königliche Hoheit die Gnade haben...“

Ich erhielt einen Mann beigegeben, der den Auftrag hatte, mir beim Schießen die Koppe abzunehmen. Ich wußte nicht einmal, ob ich noch schießen konnte. Als ich den ersten Schuß abgab, sieberte ich förmlich. Ich schuß daneben, ebenso beim nächsten Schuß. Ich merkte, daß ich den Hasen unterseuß, also nicht hoch genug hielt. Beim dritten Hasen traf ich glänzend. Es war seltsam. Im leichten Nebel sah ich plötzlich einen Hasen aufspringen, dann mußte ich einfach loschießen. Bald hatte ich meinen guten Anschlag wieder heraus und wurde mit jedem Schusse sicherer. Ich hörte, wie der alte W. hinter mir rief: „Königliche Hoheit schießen ja glänzend! Donner noch mal, da sieht man doch die Jagdleidenschaft der Hohenzollern!“ Während der Jagdpausen unterhielt ich mich ständig mit dem Mittmeister v. W. Der alte, beleibte Landjunker K. sah derweil auf seinem Jagdstock; er sah wie ein Flegelbütz aus.

Beim zweiten Kessel hellte sich das Wetter auf und wurde später ganz offen. Beim letzten Kessel wollte der Jagdherr mir einen Fuchs zuschützen. Er stellte mich zwar an die richtige Gasse, doch der Fuchs war schlauer als die Treiber, die viel zu viel Lärm machten; der Fuchs wechselte weiter abwärts.

Auf einmal, o Schreck! kommt beim letzten Kessel ein Landjunker auf mich zu. Unschlüssig fuhr er mir durch den Kopf, in Gotha ist alles heraus! Jetzt hieß es den Kopf nicht verlieren. Er verlangte von mir die Papiere, barisch und kurz. In meiner Verlegenheit fragte ich ihn von oben herab: „Wer sind Sie denn eigentlich?“ — „Sie sehen's ja, der Landjunker. Ich bin verpflichtet, die Herren auf ihre Papiere zu prüfen.“

„Wissen Sie denn überhaupt, wer ich bin?“ „Gä!“ Er wurde ganz demirrt und sagte: „Mein, wie kann ich das wissen.“ Ich gab dem Manne mit meiner Koppe einen Wink und zog meinen Jagdschein heraus. „Bitte seht!“ Der Landjunker betrahtete mich mit aufmerksamen Mund an. Ich trat taufendmal um Entschuldigung und rekrüerte, indem er sich ständig betraugt. Sie haben keine Veranlassung, sich zu entschuldigen, haben nur Ihre Pflicht getan, guten Tag!“ Mit nachlässiger Handbewegung wende ich mich ab. Gleich darauf wurde die Jagd abgeblasen; der ganze Zauber war vorüber. Ich hatte acht Hasen geschossen und wurde allgemein beglückwünscht. (Fortf. folgt.)

Vom Werden des Sozialismus

Das Thema „Der Kapitalismus in der Nachkriegszeit und die moderne Arbeiterbewegung“ wurde am Sonntag in zwei wichtigen Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei behandelt. Genosse Naphthali (Berlin) sprach am Vormittag vor den Magdeburger Parteigenossen im „Konzerthaus“ und am Nachmittag vor den Genossen des Kreises Wanzleben in Groß-Otterleben. Genosse Naphthali ist Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in Berlin, einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle, die von dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, von der Sozialdemokratischen Partei und von den Konsumgenossenschaften eingerichtet wurde zur ständigen Kontrolle und wissenschaftlichen Erforschung unserer kapitalistischen Wirtschaft. Naphthali zählt neben Hilferding zu den besten Wirtschaftstheoretikern in unserer Partei.

Was er zu dem Thema am Sonntag in dem Rahmen eines Versammlungsreferats zu sagen hatte, war von so großem Wert, daß es einem recht großen Kreise von Arbeitern hätte nahegebracht werden müssen. Darum ist der schlechte Besuch der Magdeburger Versammlung um so bedauerlicher. Naphthalis Ausführungen waren nicht nur eine sehr feine Analyse des Nachkriegskapitalismus, sie waren darüber hinaus eine Vorchau in sozialistische Wirtschaft, ein Ueberblick von hoher Warte auf dem klaren Wege sozialistischen Werdens im kapitalistischen Chaos.

Die großen theoretischen Auseinandersetzungen, die die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege über ihr Endziel und den Weg dorthin in aller Öffentlichkeit pflegte, sind in der Zeit nach dem Kriege, in der die Sozialdemokratie durch positive Mitarbeit am Staate viele Kräfte verbrauchen mußte, mehr in die stillen Arbeitsstuben der Fachleute verlegt worden. Ueber das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen und Forschungen gab das Referat Naphthalis ein zusammenfassendes Bild. Es gab aber gleichzeitig einen Aufriß darüber, wie weit der Sozialismus auf dem Marsche zu, wieviel sozialistische Inseln in das kapitalistische Meer bereits eingebaut sind. Was zur Verbindung dieser sozialistischen Inseln zu einem großen Festland sozialistischer Wirtschaft aufzubauen zu tun übrigbleibt, wurde dadurch ganz klar und eindeutig herausgestellt. In diesem Sinne waren die Vorträge eine geistige Reise zum werdenden Sozialismus.

Der Vortrag des Genossen Naphthali.

Den Inhalt der Referate des Genossen Naphthali geben wir hier im folgenden wieder:

Als der Krieg mit seiner kolossalen wirtschaftlichen und sozialen Erschütterung über die Welt dahingebraut war, glaubten viele das Ende der kapitalistischen Wirtschaft gekommen. Als sich dann jedoch zeigte, daß das kapitalistische System stärker und widerstandsfähiger war, als wir angenommen hatten, wurde dieses Ergebnis oft als eine Folge politischer Fehler der Arbeiterbewegung bezeichnet. Das war falsch. Wir mußten uns fragen, wie sich die kapitalistische Wirtschaft durch den Krieg und später verändert hatte. Und da mußten wir feststellen, daß der Kapitalismus seine historische Mission, immer neue wirtschaftliche Kräfte zu entfalten, noch gar nicht erfüllt hatte.

Es hatte sich durch den Krieg eine Umschaltung des wirtschaftlichen Zentrums der kapitalistischen Welt von Europa nach Amerika ergeben. Amerika, das Land des reinen Kapitalismus, kennt eine Gewerkschaftsbewegung in dem europäischen Ausmaße noch nicht. Eine politische Arbeiterbewegung ist erst in den allerletzten Anfängen vorhanden. Die Entfaltung immer größerer ökonomischer Kräfte in diesem Lande macht es zum Zentrum auch des Weltfinanzkapitals. Und von Amerika bezieht der Kapitalismus der europäischen Länder seinen neuen Auftrieb, nachdem er jahrelang seine Produktion auf den Krieg, auf Zerstörung eingestellt hatte. In dieser Periode der Umschaltung, die in Amerika noch keine Arbeiterbewegung fand, die sich ihrer Aufgabe zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems bewußt geworden ist, fand sich in Europa eine durch Spaltung geschwächte Arbeiterklasse. Die Nachbildung der Arbeiterklasse konnte deshalb auch nicht entscheidend dabei zur Auswirkung kommen.

Der Krieg hatte die vorkapitalistische Vorstellung, daß ein Land ganz auf sich selbst gestellt wirtschaften kann, gründlich zerstört. Er hatte gezeigt, daß eine künstliche Hemmung weltwirtschaftlicher Entfaltung zur Verarmung und zu sozialen Rückschlägen führen muß. Die

Verreichung der historisch gewordenen Weltmärkte

durch den Krieg war die wesentlichste Störung. Ganz kam die Neugestaltung der europäischen Landkarte, durch die neue Abgrenzungen entstanden, die im Widerspruch zum Einheitsystem des modernen Kapitalismus noch durch Zollmauern besonders betont wurden. Die Frage der Reparationen führte weiter zu schweren geistigen Störungen der Wirtschaft. Man glaubte diese Frage durch eine Währungszerstückung erledigen zu können. Wir haben in Deutschland am deutlichsten zu spüren bekommen, wie sehr damit ein gesunder wirtschaftlicher Aufbau gehindert wurde. Man muß in diesen Erscheinungen eine krankhafte Abwandlung kapitalistischer Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion erblicken, keinesfalls etwa einen Wban des Kapitalismus. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse sich in dieser Zeit in viel schlechterer Position befindet als in gesunder kapitalistischer Phase.

Als sich diese Entwicklung totgelaufen hatte, mußte ein gewaltiges Zurückbrechen auf eine gesunde kapitalistische Basis kommen. Die Stabilisierung kam in einem Augenblick, als durch die Inflation die Arbeiterklasse auf das höchste gehoben war. Diese Zeit wurde nun zu einer solchen der stärksten sozialpolitischen Reaktion. Abbau des Achtstundentags und Niedrighaltung der Löhne kennzeichnen sie. Erst als eine gewisse kapitalistische Konsolidierung eingetreten war, wurde auch die Arbeiterklasse wieder kampffähiger, wobei sich zeigte, daß wir nicht nur eine Stabilisierung der Währung erleben, sondern auch eine solche des Kapitalismus.

Und trotzdem können wir nicht behaupten, daß wir heute auf dem Punkte stehen, auf dem wir 1914 ausgehört haben. Die Neuentwicklung gewaltiger ökonomischer Kräfte, besonders auf dem Gebiet der Chemie, vollzieht sich zwar noch in durchaus kapitalistischen Formen, doch sie zeigt andere Züge als vor dem Kriege. Der bürgerliche Nationalökonom Sothardt hat diesen Zustand als Spätkapitalismus bezeichnet. Das heißt: der Kapitalismus befindet sich noch nicht im Greisenalter, aber es zeichnen sich bei ihm doch die ersten grauen Haare. In der kapitalistischen Wirtschaft sind Fremdkörper vorhanden (eben jene grauen Haare), die andeuten, daß eine Veränderung kapitalistischer Systems zu einer neuen, anderen Methode begonnen hat.

Ein solcher Fremdkörper im kapitalistischen System ist das

Einbringen des Staates in die Wirtschaft.

Von der freien Marktregulierung des Liberalismus sind wir zu einer Regulierung gekommen, die eine Fülle staatlicher Bindungen zeigt.

Die freie Lohnregulierung nach dem Grundsatz von Angebot und Nachfrage ist nicht mehr vorhanden. Die Lohnfestsetzung wird heute vom Staate normalisiert durch die staatlichen Sozialversicherungen gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität. Die Soziallöhne, über deren angebliche Höhe die Unternehmer immer klagen, sind der staatlich normierte Anteil am Lohne. Die Arbeitslosenversicherung ist für die Arbeiterklasse dabei von prinzipieller Wichtigkeit. Sie bildet einen wertvollen ökonomischen Faktor für die Arbeiterklasse in Krisenzeiten. Arbeiter können am Arbeitsmarkt nicht mehr zur vollen Auswirkung kommen, weil der Druck der Arbeitslosigkeit schon vorher in die Wirtschaftsführung einkalkuliert worden ist.

Der gewachsene staatliche Einfluß zeigt sich aber auch im Schlichtungswesen und im System der Verbindlichkeitsklärungen. Wahrscheinlich wäre der Braunkohlenarbeiterstreik ohne diesen staatlichen Einfluß noch nicht beendet, und nur mit sehr viel größeren Opfern der Arbeiterklasse wäre ein Erfolg zu erzielen gewesen. Daraus folgt, daß der politische Einfluß der Arbeiterklasse im Staate heute ein viel wichtigeres Moment darstellt als früher.

Aber dieser staatliche Einfluß auf die Wirtschaft ist nicht die alleinige Norm eines sich ankündigenden neuen Systems. Auch die freien Organisationen des Kapitalismus, die Kartelle, Trusts, Syndikate und Monopole sind Erscheinungen, die auf die kommende planmäßige Wirtschaftsführung hindeuten. Die Aufgabe dieser monopolistischen Organisationen im Kapitalismus ist die Preisregulierung, die man nicht mehr dem freien Markt überlassen will. Selbstverständlich wurden sie geschaffen, um die Profitrate des Unternehmers auf genügender Höhe zu halten. Aber auch gewisse ordnende Funktionen im Durcheinander der freien Wirtschaft sind mit dem Vorhandensein dieser Gebilde verbunden. Sie stehen beim Kalle und bei der Kohle schon unter staatlichem Einfluß. Und auch die Arbeiterklasse hat sich hier schon gewisse Mitwirkung gesichert.

Für die Arbeiterklasse ergibt sich die Folgerung, daß sie nicht zwecklos gegen jene monopolistischen Gebilde ankämpfen darf, sondern daß sie sie erobern muß, daß sie sich die Mitwirkung darin sichern muß. Der Kampf um die Beherrschung dieser Organisation wird entschieden durch die Stärke der Arbeiterklasse und durch das

Maß ihres Einflusses im demokratischen Staate.

Als dritter Faktor für die Durchdringung des Kapitalismus mit neuen Wirtschaftsströmungen ist das Vordringen der öffentlichen Wirtschaft zu nennen. In der Unternehmerpresse wird gegen diese Form am stärksten geizert. Sie sprechen von „Kalter Sozialisierung“, obwohl die Form der öffentlichen Betriebe eine durchaus kapitalistische ist. Aber sie erkennen darin ganz richtig die Schwächung ihrer eignen Machtpositionen. Die Arbeiterklasse muß in den öffentlichen Betrieben die sozialistischen Kräfte im kapitalistischen Fleische erkennen und sie in Reich, Staat und Gemeinde fördern, soweit sie dazu in der Lage ist.

All diesen Neuererscheinungen im Kapitalismus der Gegenwart wird die Arbeiterklasse nicht gar zu optimistisch und zufrieden gegenüberstehen. Sie bleibt Objekt der Wirtschaft und sie muß durch ihre antikapitalistische Einstellung ihr Ziel der Erreichung sozialistischer Wirtschaft klar und eindeutig verfolgen. Aber welchen Weg sie bei ihrem Kampfe beschreitet, das muß sich richten nach den Erkenntnissen des Tages, das muß sich anpassen an die Entwicklung des Kapitalismus selbst. Die Arbeiterklasse darf nicht warten auf den „großen Tag“ der den Sozialismus bringen wird, sondern sie muß ihm nachstreben durch ständiges schrittweises Vordringen in die neue Wirtschaftsform, dabei Flug die Etappen benutzend, die als Anfänge des Neuen sich aus dem Kapitalismus heraus zwar zu keinem Vorteil gebildet haben, und sie selbstverständlich dann benutzen für die Interessen der Arbeiterklasse.

Aber diese Entwicklung hängt ab von der politischen Macht der Arbeiterklasse im Staate und von der Durchdringung aller seiner Machtpositionen mit unserem Geiste. Unser sozialistisches Endziel erreichen wir nur, wenn um jeden Schritt nach vornwärts aufschärfte gekämpft wird. Jeder Schritt aber ist ein Stück von unserem Endziel.

Die Versammlung in Ottersleben

Zum Naphthali-Vortrag in Groß-Otterleben waren sämtliche Funktionäre des Ottersleber Parteiverzins und tätige Genossen aus Wahrenndorf, Egeln, Eggenstedt, Gafeborn, Klein-Wanzleben, Ottersleben, Schernde und Westergelu erschienen. Nach der Begrüßung der im großen Saale des „Deutschen Hauses“ Versammelten durch den Vorsitzenden, Genossen Ernst Wille, sprach Genosse Naphthali über „Wirtschaftspolitische Zeitfragen der Gegenwart“.

Auch vor den Parteifunktionären des Kreises Wanzleben führte der Redner in seiner tiefgreifenden und dabei leichtverständlichen Weise aus, daß die kapitalistische Wirtschaft heute eine andre ist als vor dem Kriege, wie es von dem Grade der politischen Macht der Arbeiterklasse abhängt, daß der Staat noch größeren Einfluß auch auf Lohn- und Preisgestaltung gewinnt, und wie wir uns als Sozialisten zu den Kartellen, Syndikaten und Trusts zu stellen haben, deren Charakter widerspruchsvoll ist wie das gesamte herrschende Wirtschaftssystem.

Zwei wichtige Fingerzeige für Verbesserung und Wahlkampf wie für all unser Ringen um die Seele der Arbeiter, die Genosse Naphthali nur in Ottersleben gab, verdienen noch besondere Erwähnung. Bei aller Erkenntnis der tagepolitischen Notwendigkeiten, so ungefähr jagte der Redner, darf

das geistige Wand nicht verlorengehen,

das uns der gemeinsame Glaube an den Sozialismus ist. In unserm Bewußtsein müssen wir alle Teilämpfe einordnen in den großen Prozeß der Umgestaltung und Ueberwindung der kapitalistischen Gegenwart. Im nächsten Wahlkampf, so äußerte er weiter in seinem Schlußwort, wird die Tätigkeit des Reparationsagenten eine Rolle spielen. Die Deutschnationalen werden auf diesen Mann die Schuld an ihrem Vergehen zu schieben versuchen, was ein ganz großer dummer Schwindel ist, uns aber gefährlich werden kann, weil auf die nationalfeindliche Peimrute auch viele Proletarier schon oft getreten sind.

Dem Vortrag Naphthalis in Ottersleben schloß sich eine zu weitern Gedanken anregende sachliche Aussprache an, die von den Genossen Ferl, Karl Wille, Schumacher und Ernst Wille bestritten wurde. Bezirkssekretär Genosse Ferl verwies vor allem darauf, daß wohl das Maß der politischen Macht der Arbeiterklasse unabhängig von der Entscheidung über die Frage der Regierungsbeteiligung daselbe bleibt, daß aber diese Macht am wirksamsten angewandt werden kann in der Regierung. Genosse Karl Wille beschäftigte sich unter anderem mit dem Schlichtungsverfahren in Lohnkämpfen, und der Unterbezirkssekretär, Genosse Schumacher, machte darauf aufmerksam, daß der Vortrag Naphthalis in besonders auch die Notwendigkeit der politischen Organisation aller Gewerkschaften in der Sozialdemokratie gezeigt hat. Parteiverzins-Vorsitzender Genosse Ernst Wille teilte mit, daß die mitteldeutschen Gewerkschaftsbeamten höchlichst berührt haben, daß die Tätigkeit der Parteiberäte zurückgegangen sei. Die Gewerkschaften müssen der Betriebsratfrage das lebhafteste Interesse widmen.

Magdeburger Angelegenheiten

Wilhelm Kobelt

Am Sonntag morgen 5 Uhr starb in Wernigerode der Stadtrat Wilhelm Kobelt. Der Verstorbene war schwer erkrankt und suchte in der schönen Harzstadt Erholung. Nach stägigem Aufenthalt erkrankte ihn der Tod.

Wilhelm Kobelt gehörte seit der Revolution der Demokratischen Partei an und war vorher Anhänger der Freisinnigen Partei. Er war also politisch unser Gegner, aber er war ein aufrechter, gerader Charakter und in bester Art ein gemeinsinniger Mann. Weil er ein moderner Mensch war und die Notwendigkeiten seiner Zeit immer mit sicherem Instinkt herausfand, stimmte er zumeist mit unsern Genossen, war bemüht, Ideen und Pläne, die von sozialdemokratischer Seite kamen, mit durchzuführen.

Als das alte Deutschland 1918 zusammengebrochen war, die neuen Verfassungen aufgebaut werden mußten, ungeheure Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung drohten, da stellte sich Wilhelm Kobelt als Praktiker und umsichtiger Organisator in den Dienst des neuen Regiments. „Und fragt nicht, was gewesen sei.“ ... So nur die Gegenwart, sah die Stadt, das Volk und erfüllte das Gebot der Stunde.

Es muß hier ausgesprochen werden: die Volksmeinung hat Wilhelm Kobelt sehr häufig ungerecht beurteilt. Es wurde ihm nachgesagt, er habe sich nur bereichern wollen, als er in der Kriegszeit die Versorgung mit Fleisch und Fleischwaren großzügig organisierte. Er arbeitete damals in schwerster Zeit kameradschaftlich zusammen mit einem Manne, der sein entschiedener politischer Gegner war, der ihn aber als Menschen und Gegner schätzen lernte, von dem eigentlich die Ideen der Allgemeinversorgung kamen: das war der jetzige Oberbürgermeister Genosse Reims. Nein, diese Arbeitgemeinschaft hatte mit persönlichem Erwerb nichts zu tun. Es war etwas ganz andres, was diese beiden Männer zusammenhielt.

Wilhelm Kobelt stand inmitten des bürgerlichen Geschäftslebens, er hat als Geschäftsmann große Erfolge gehabt, denn aus ganz armen Verhältnissen ist er aufgestiegen zum wohlhabenden Mann, aber es kann ihm keiner nachsagen, daß er Allgemein-einrichtungen und die Notlage der Bevölkerung für sich egoistisch ausgenutzt hätte.

Bei der Wochwahl 1907 war Wilhelm Kobelt Kandidat der bürgerlichen Parteien und besiegte die Sozialdemokratie. Er und noch mehr die Wochmänner wurden von uns scharf und rücksichtslos bekämpft. Im Wahlkampf gibt es keine Sentimentalitäten. Im Jahre 1912 wurde Wilhelm Kobelt von der Sozialdemokratie unter der Führung Otto Landsbergs besiegt. Kobelt war ein ritterlicher Gegner und hielt sich fern von bürgerlichem Dünkel und kleinlichem Rastengeist. Die Sozialdemokratie ehrt diesen Gegner, der ein ehrlich Strebender, ein guter Sohn seiner Stadt war.

Ueber den Lebensgang des Verstorbenen macht uns das städtische Presseamt diese Angaben:

Am 5. November 1865 wurde der Verstorbene in Magdeburg als Sohn eines Arbeiters geboren. Am 5. Januar 1905 wurde er Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, der er fast 10 Jahre angehört hat. Am 3. Dezember 1914 wurde er in der Stadtverordneten-Sitzung als unbefolbeter Magistratsmitglied eingeführt. Er gab die Anregung zu dem Hallenbau Land und Stadt und ist sowohl im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft als später in der Führung des Dezernats mit großer Hingabe tätig gewesen.

Das Dezernat über den Schlacht- und Viehhof wurde ihm am 27. Mai 1919 übertragen. Er hat hier sein eigenes Lebenswerk geschaffen. Der Verkehr in diesen Anlagen ist unter seiner Führung weit über das Maß der Vorkriegszeit hinausgestiegen, die großen Wartun, die sich dadurch notwendig machten, hatte er schon im Entwurf beeinflusst und zu einem guten Teile noch fertigstellen können.

Ein Nachruf von Arbeitern.

Von der Arbeiterklasse des Schlacht- und Viehhofs erhalten wir diesen Nachruf für den Verstorbenen:

Wie ein Schlag traf es auch die Arbeiterklasse des Schlacht- und Viehhofs, als es bekannt wurde, daß der Dezerent, Herr Stadtrat Kobelt, plötzlich verschieden sei. Nicht nur, daß unter seiner Führung dieser städtische Betrieb einen glänzenden Aufschwung genommen hat, nein, auch die Arbeiterklasse verliert in ihm einen Mann, der jederzeit Verständnis für ihre Nöte hatte. Immer war er bereit, sowohl in technischer wie in sozialer Beziehung, die Forderungen der Arbeiterklasse zu berücksichtigen.

Musterbetriebe sollten städtische Werke sein, der Schlachthof insbesondere. „Streng und gerecht“ war sein Motto. Hatte er einmal seine Zustimmung gegeben, dann mußte die Arbeiterklasse auch, daß es Wirklichkeit wurde, trotz aller Widerstände, die zu überwinden waren.

Vertrat der Verstorbene auch politisch eine andre Richtung, die Arbeiterklasse ehrt ihn als Republikaner und ganzen Mann und wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Beamten und Angestellten.

Sie widmen dem Toten diese Zeilen:

Mit praktischem Blick und festem Willen ausgerüstet, mußte er alle Widerstände zu überwinden. Und stets blieb er Sieger. Selbst seine eignen Berufskollegen, in deren größtem Interesse doch seine Tätigkeit mit lag, folgten ihm nur schwer und widerwillig. Doch stets verstand er es, sie für seine Pläne zu gewinnen.

Aber die ihn verstanden und ihm folgten, waren die Beamten Angestellten und Arbeiter des städtischen Schlacht- und Viehhofs. Ohne Scheu und mit größtem Vertrauen ging ein jeder zu ihm, wenn er Hilfe benötigte. Ehrlich und offen bekannte er sich zur republikanischen Staatsform und machte den Beamten auch kein Geht daraus, daß die Zeitumstände es erforderten, sich darauf einzustellen. Ihm sei an dieser Stelle gedankt mit der Versicherung, er soll uns unvergeßlich bleiben.

Nachrichten aus der Provinz

Sitzung der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft

Der Vorstand der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft tagte am 20. Oktober in Merseburg. Beratet wurde die Projektierung der Jülicherbachsperre in der Wernigeröder Gegend. Der Vorstand beschloß, dem Provinzialverband zu empfehlen, für die Projektierung der wirtschaftlich wichtigen Sperre bis zur Hälfte eines Betrags von 28 000 Mark beizutragen; Bedingung soll sein, daß die Interessenten die andre Hälfte übernehmen und nachweisen, daß ausreichende Grundlagen für die Finanzierungsmöglichkeit vorhanden sind.

Ferner wurde das

Projekt der Dabetsperren

eingehend besprochen. Der Ausschuß hat wertvolle Vorarbeiten geleistet. Der Vorstand trat der Entschiedenheit des Ausschusses bei, der die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Talsperren anerkennt. Wenn sich auch die Frage der Rentabilität noch nicht ganz übersehen läßt, so kann diese doch nicht allein entscheidend sein. Der Provinzialverband wurde empfohlen, sich grundsätzlich zur Mitarbeit bereit zu erklären und die endgültige Klärung der Frage herbeizuführen, inwieweit eine Verzinsung der aufzuwendenden Kosten möglich sein wird. Sache der provinziellen Körperschaften wird es dann sein, zu entscheiden, ob und inwieweit der nicht durch die Erträge des Unternehmens als rentierlich gesicherte Teil der Kosten im Hinblick auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens aus öffentlichen Mitteln der Provinz bestritten werden kann.

Der Landesplanungsverband hat bei dem Provinzialausschuß einen Kostentrag für eine systematische Untersuchung der Grundwasserhältnisse beantragt. Der Provinzialausschuß hatte die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft um ein Gutachten ersucht. Der Vorstand beschloß, den Ausschuß zu hören, ob eine solche Erhebung über das Grundwasser in der Provinz einem wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht. Auf die Vorarbeiten, die in dieser Richtung die Landwirtschaftskammer schon geleistet hat, wurde besonders hingewiesen.

Ländliche Krankenversicherung

Wie der politische Umschwung des Jahres 1918 auf so manchem Gebiet Wandel geschaffen hat, so auch auf dem der ländlichen Krankenversicherung. Am 28. Juni 1919 kam ein Gesetz heraus, in dem über die Organisation der Landkrankenassen folgendes festgelegt wird: Die Selbstverwaltung der Landkrankenassen und das Wahlrecht ihrer Mitglieder sind nach denselben Vorschriften wie für die Ortskrankenassen geregelt. Die die Selbstverwaltung und das Wahlrecht in den Landkrankenassen einschneidenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung sind durch die politischen Umwälzungen überholt.

Danach wählen jetzt auch bei den Landkrankenassen die daran beteiligten volljährigen Arbeitgeber und volljährigen Versicherten ihre Vertreter je aus ihrer Mitte. Gewählt wird zum Ausschuß der Landkrankenassen. Er besteht zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber und zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten im Ausschuß wählen getrennt aus ihrer Gruppe die Vorstandsmitglieder, und zwar die Arbeitgeber ein Drittel und die Versicherten zwei Drittel. Die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte in ungetrennter Wahlhandlung den Vorsitzenden des Vorstandes sowie einen oder mehrere Stellvertreter für ihn.

Die Bestimmungen, daß in den Landkrankenassen zur Berechnung des Krankengeldes der Ortslohn herangezogen und das Kranken- und Wochengeld in den 6 Wintermonaten auf die Hälfte herabgesetzt werden kann, ist durch Gesetz vom 19. Juli 1923 gefallen. Die Landkrankenassen sind nunmehr verpflichtet, das Kranken- und Wochengeld nach denselben Grundsätzen zu berechnen und auszuzahlen, die in den Ortskrankenassen gelten. So nimmt sich jetzt glücklicherweise die Krankenversicherung für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen in ähnlicher Form wie die für die gewerblichen und industriellen Arbeiter aus.

So muß es bleiben. Die unterschiedliche Behandlung der Land- und Forstarbeiter in der Krankenversicherung muß ein für alle Male der Vergangenheit angehören. Das bedingt aber, daß sich die Land- und Forstarbeiter mehr als bisher um die Dinge kümmern und nur solche Leute in die Krankenkassenorgane entsenden, die ihr uneingeschränktes Vertrauen genießen und befähigt sind, im Sinn einer fortschrittlichen Krankenversicherungspolitik zu wirken. Die Möglichkeit dazu ist im Laufe des Monats November durch die Wahl der vom Deutschen Landarbeiter-Verband für die Neubestellung der Kassenausschüsse vorgelegten Vorschlagslisten gegeben.

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Arbeiterwohlfahrt. Die Zusammenkunft am Dienstag abend findet in der Schule bei der Kirche statt.

Arbeiterjugend. Die Funktionärsitzung war gut besucht. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Genosse Klotz, 2. Vorsitzender Genosse Kuncze, Schriftführer Genosse Specht und Hauptkassierer Genosse Otto Schulze.

Allbrandsleben

Revolutionsfeier. Am 6. November begeht die kleinste und jüngste Ortsgruppe des Kreises ihr erstes festliches Zusammenkommen im Rahmen einer Revolutionsfeier. Parteisekretär Genosse Schumacher wird die Festrede halten. Die Orchesterkapelle der Reichsbannerkapelle wird musizieren. Die Bevölkerung aners Orts ist eingeladen. Es wird auch darauf gerechnet, daß die Ortsgruppen der Partei aus Eggenstedt, Schermde und Ottersleben durch ihr Erscheinen die Veranstaltung unterstützen werden.

Benendorf

In Schwefelsäure gefallen. Der Arbeiter Wilhelm S., wohnhaft in Benendorf, fiel am Sonnabend auf seiner Arbeitsstätte in Dohendorf in Schwefelsäure und zog sich schwere Brandwunden an beiden Beinen zu, die seine Aufnahme im Krankenhaus Eudenburg notwendig machten.

Salmersleben

Einen republikanischen Werbeabend veranstaltet die Ortsgruppe des Reichsbanners am Sonnabend, bestehend aus einem Lichtbildervortrag „Im Wandel der Zeit“ und Tanzkränzchen. Der Besuch dieser Veranstaltung ist der Einwohnerschaft sehr zu empfehlen. Die Eintrittspreise sind so niedrig gehalten, daß es jedem einzelnen möglich sein wird, daran teilnehmen zu können.

Sohndobeleben

Autobuslinie der Reichspost. Auf Antrag der Gemeinde hat sich die Reichspost endlich bereit erklärt, eine Zwischenhaltstelle an der Wolfischen Badeanstalt in Ottersleben einzulegen. Angeht hat diese Haltestelle schon länger bestanden, nur die Wagenführer wußten nichts davon. Fahrgäste, die dort aussteigen wollen, müssen das dem Führer des Wagens mitteilen. Wer zusteigen will, muß sich dem Führer bemerkbar machen. Zu einer Verbilligung des Fahrpreises kann sich die Reichspost nicht verstehen oder nur dann, wenn sich die Gemeinde Sohndobeleben bereit erklärt, einen bestimmten Entschädigungssatz zu garantieren. Esch bürokratische Weisheit, die Reichspost schreibt von einem Fahrpreis von 10 Pf. pro Kilometer. Von Sohndobeleben bis Endstation der Straßenbahn Eudenburg sind es 7 1/2 Kilometer, und die Fahrt kostet 1,10 Mark, das sind rund 15 Pf. pro Kilometer.

Kommunalkonferenz des Kreises Calbe

Unter Leitung des Unterbezirksvorsitzenden Genossen Buch fand am Sonntag in Schönebeck eine stark besuchte Konferenz der Kommunalvertreter des Kreises statt. Ueber 100 Funktionäre aus den Kommunalverwaltungen waren anwesend. Das Doppelquartett der Freien Sänger Schönebeck begrüßte die Konferenz mit zwei großartig vorgetragenen Liedern: „Freiheit, die ich meine“ und „Empor zum Reich!“. „Erwache, Volk, erwache!“, „Seht wie ein Felsen im wilden Meer steht der Arbeit getragene Meer.“ So erkobte es jammervoll und emporkreischend. Der Bergarbeiterstreik in seiner Einigkeit und Geschlossenheit gibt ein Bild von dieser Kraft, die aus dem Solidaritätsgefühl und der Treue zur Arbeiterbewegung erwächst.

Nach einer Ehrung des verstorbenen Mitglieds des Unterbezirksvorsitzenden Genossen Karl Richter (Calbe) hielt der kommunalpolitische Sekretär des Bezirksverbandes, Genosse Crumenerl (Magdeburg), einen instruktiven Vortrag über den

Entwurf zur neuen Städte- und Landgemeinde-Ordnung.

Die Partei fordert die Reichsgemeindeordnung, sie will das Vielerlei der Grundgesetze beseitigen und die Gesetzesbestimmungen vereinheitlichen. Das wird aber erst vollkommen möglich sein, wenn wir zu einem einheitlichen deutschen Staate gekommen sind.

Wir haben aber nicht nur wenigstens in Preußen eine einheitliche Städte- und Landgemeinde-Ordnung durchbringen, denn jetzt gibt es noch einen Wust von Paragrafen in sieben verschiedenen Ordnungen. Würde nach der Revolution die Arbeiterschaft einig gewesen zu praktischer Arbeit im Staate, dann hätten wir längst eine gute Städte- und Landgemeindeverfassung, so aber ist es 1927 viel schwerer als 1918, eine gute demokratische Verfassung für die Kommunen zu erlangen. Wir sind leider auf Kompromisse mit andern Parteien angewiesen und müssen versuchen, dabei das Beste, das möglich ist, zu erreichen. Die Kommunisten handeln auch hierbei nach der unvernünftigen Parole „Alles oder nichts“, bringen dadurch die ganze Gesetzesarbeit in Gefahr und können es durch Bundesgenossenschaft mit den reaktionären Parteien möglich machen, daß der alte rückständige Zustand in den Kommunalverfassungen bestehen bleibt.

Grundsätzlich bessere Bestimmungen als sie in dem jetzt vorliegenden Entwurf enthalten sind, werden wir auch nach einer Neuwahl, aus der wir gestärkt hervorgehen werden, nicht schaffen können. Deshalb müssen wir für die schnelle Verabschiedung des Entwurfs eintreten und gegen die Sabotageversuche der vereinzelten Rechtsparteien und Kommunisten die Verantwortung des demokratischen Rechts in den Kommunalverfassungen durchsetzen. Wir müssen vor allem

die Auflösung der Gutsbezirke

erreichen, damit die 1 200 000 Gutsbewohner endlich ein kommunales Wahlrecht bekommen.

Eingehend schilderte Genosse Crumenerl dann den Inhalt des Entwurfs, seine Möglichkeiten und Auswirkungen im kommunalen Leben und die Verbesserungen, die unsere Partei bis jetzt hineingebracht hat. Er behandelte die freiwilligen Aufgaben der Kommunen und die Auftragsangelegenheiten, die sie von Reich und Staat erhalten. Bei den Eingemeindungsfragen erläuterte er das Bürgerchaftsbegehren und den Bürgerchaftsentscheid und betonte unsere Auffassung, daß Eingemeindungen, wo sie vom sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus notwendig sind, erfolgen müssen.

Die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Einwohner, über das kommunale Wahlrecht, über Gemeindeparlament, Gemeindevorstand und Schöffen wurden geschildert. Gegen das Unrecht im Entwurf, daß

die Schöffen kein Mitbestimmungsrecht

mehr im Gemeindevorstand haben sollen, daß also ihre Rechte ganz erheblich beschnitten werden, muß mit aller Entschiedenheit angefochten werden.

Der Entwurf der Städte-Ordnung sieht zwei Arten der Verfassung vor: die Magistrats- und die Bürgermeisterei-Verfassung. Ein Wechsel in der Verfassungsart, also von Bürgermeisterei-Verfassung in Magistratsverfassung oder umgekehrt, soll nur durch Gemeindebeschluß mit Zweidrittelmehrheit erfolgen können. Wir sind für das Einkammersystem und halten die Bürgermeisterei-Verfassung für besser, weil sie dem Willen der Bevölkerung mehr Rechnung trägt als die Magistratsverfassung. In den Selbstverwaltungsmöglichkeiten (werbende Betriebe) sollen die Städte gegenüber den Landgemeinden bevorzugt werden: der Entwurf der Landgemeindeordnung schränkt die wirtschaftlichen Unternehmungen durch die Kommunen stark ein.

Die Bestimmungen über Ortsjahrgänge, Anleihen, Haushaltsplan, Ausschüsse und Beihilfen der Kommunalvertretungen wurden dann erläutert. Wir sind gegen die Ausdehnung

meter. Sind auch hier die Wagenführer falsch instruiert? Beträgt der Fahrpreis jetzt 75 Pf.?

Eine Funktionärsitzung der Partei, der freien Gewerkschaften und der Arbeitersportvereine findet am Dienstag den 25. Oktober um 20 Uhr bei Coerdts statt. Es sind einige für Gewerkschaftler und Sportler wichtige Fragen zu erledigen. Keiner darf fehlen.

Kreis Calbe

Der Meister ändert die Lohnzuten.

Der Schlossermeister Richard Müller aus Staßfurt war als Meister in dem städtischen Wasserwerk beschäftigt und hatte den Arbeitslohn der dort beschäftigten Arbeiter zu berechnen und die wöchentlichen Lohnzuten auszufüllen. Seine Obliegenheiten erledigte M. stets mit größter Gewissenhaftigkeit. Gines Tages geriet er aber doch in den Verdacht, nicht ganz ehrlich zu sein. Es hatte sich herausgestellt, daß er in drei Fällen, und zwar im November 1926 und März 1927 dem städtischen Staßfurter Bauamt Lohnberechnungen für Sonntagsarbeit eingereicht hatte, die überhaupt nicht geleistet worden war. Das Bauamt mußte sich aber auf die Angaben des Meisters verlassen und zahlte in fertiggemachten Lohnzuten die geforderten Beträge von insgesamt 12 Mark aus. Die Lohnzuten vernichtete M., entnahm die unberechtigt geforderten 12 Mark und übergab den betreffenden Arbeitern Lohnzuten mit neuer Stundenberechnung.

Einige Wochen später kam dann die Geschichte heraus. Der Meister verlor seine Stellung und hatte sich nunmehr wegen Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung und vollendeten Betrugs am Sonnabend vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magdeburg zu verantworten. Da er geständig und glücklicherweise nicht Beamter war, sondern nur als Angestellter geführt wurde, kam er mit sechs Wochen Gefängnis davon. Wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit wurde ihm auch auf die Dauer von 3 Jahren Bewährungsfrist zugewilligt, so daß er die Strafe wohl nicht verbüßen wird. Er muß dafür eine Geldbuße von 60 Mark in die Staatskasse zahlen.

Elten

Generalversammlung des Konsumvereins.

Am Freitag fand die Generalversammlung des Konsumvereins für Elten und Umgegend statt. Sie war gut besucht. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Franz Stöber, eröffnete die Versammlung. Der Vorsitzende und Geschäftsführer,

der Staatsaufsicht über die Kommunen, wie sie im Entwurf in großem Umfang enthalten ist. Nur da, wo Gesetze verlegt werden, darf die Staatsaufsichtsbehörde nach unserer Meinung eingreifen, sonst aber muß

weitestgehende Selbstverwaltung

geschaffen werden. Es ist uns bis jetzt nicht gelungen, die Verhinderung der Staatsaufsicht aus dem Entwurf herauszubringen. Es ist auch nicht möglich gewesen, günstige Bestimmungen über die Einführung von Landbürgermeisteren in den Entwurf hineinzubringen. Die Errichtung von Landbürgermeisteren ist fast unmöglich gemacht durch die Bestimmung, daß der Provinziallandtag mit Zweidrittelmehrheit zu entscheiden hat, ob Landbürgermeisteren für einen Teil oder die ganze Provinz einzuführen sind. Es ist sogar möglich, die im Westen bestehenden Landbürgermeisteren, die sich durchaus bewährt haben und kommunalpolitisch gut arbeiten, durch solchen Beschluß des Provinziallandtags abzuschaffen.

Die kauschulartigen Bestimmungen über Auflösung der Gutsbezirke im Entwurf müssen so geändert werden, daß die Auflösung der Gutsbezirke zur Tatsache wird, sonst können wir der Landgemeinde-Ordnung nicht zustimmen. Bei 11 000 Gutsbezirken von 12 000 liegen die Verhältnisse so, daß eine Auflösung und Angliederung an eine Gemeinde ohne weiteres möglich ist. Die deutschnationalen Kämpfer hatnädig gegen die Auflösung der Gutsbezirke, weil sie dort ihre Macht haben. Der Preussische Landgemeindevorband unter Führung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Gerdeck macht ebenfalls Schwierigkeiten in dieser Frage. Wir müssen uns als sozialdemokratische Kommunalpolitiker viel mehr um diesen Verband kümmern und dort immer stärkeren Einfluß gewinnen, damit in dem Verband keine deutschnationale Parteipolitik gemacht werden kann.

Der bestehende Zustand in den Kommunalverfassungen in Preußen ist unhaltbar. Darum ist jeder verbesserte Entwurf anzunehmen, auch wenn er noch Mängel enthält, die wir gern beseitigt hätten, die aber auf Grund der Machtverhältnisse im Parlament nicht zu beseitigen waren. Sorgen wir dafür, daß bei der nächsten Wahl unsere Macht gestärkt wird, damit in Zukunft mehr für das allgemeine Wohl zu erreichen ist.

In der Aussprache berichtete Landtagsabgeordneter Genosse Paster (Schönebeck) über die Ausschüßberhandlungen des Landtags in der Frage der Städte- und Landgemeindevorband. Es ist noch zweifelhaft, ob die kommunalen Verfassungen in dritter Lesung gegen die vereinigte Opposition der Kommunisten und Rechtsparteien angenommen werden. Es war äußerst schwierig, Verbesserungen in dem Entwurf durchzubringen. In der Frage der

wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden

zum Beispiel stimmten alle bürgerlichen Parteien gegen die freie heitliche Gestaltung der Bestimmungen, um das Privatkapital zu schonen. Diefelbe Einstellung erlebten wir in der Frage der Neugestaltung des Bodenrechts beim Städtebaugesetz, wobei Demokraten und Zentrum gegen jeden Eingriff in das private Bodenrecht waren. Es gilt, unsere Machtposition zu verstärken und uns auf die nächsten Wahlen vorzubereiten, damit wir stärkeren Einfluß in den Parlamenten ausüben können.

In Schlußwort besprach Genosse Crumenerl die wichtigsten dem Reichstag vorliegenden Gesetze, die scharf in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Finanzausgleich, Steuervereinfachungsgesetz und Reichsbürgerrechtsgesetz wurden von ihm behandelt in bezug auf die kommunalen Finanzen.

Dann sprach Parteisekretär Genosse Peters über „Sozialdemokratie und Wahljahr 1928“, über agitatorische und organisatorische Fragen zur Werbewoche, zur Wahl und zur Zeitungsorganisation. Er schilderte den Verlauf des Bergarbeiterstreiks und den festen Zusammenhalt der Kämpfenden, die sich nicht an die Zerplitterungsversuche der Kommunisten geknechtet haben. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Genosse Crumenerl kam noch auf die

Fürsorgepolitik im Kreise

zu sprechen. Er betonte, daß die soziale Fürsorge im Kreise unter dem Landrat Genossen Wolf Vorbildliches leistet. Zu wünschen wäre nur, daß generell alle Steigerungsbeträge der Invalidentrenten bei den Unterführungen nicht in Ueberschuss kommen. Es geht nicht an, daß die Fürsorgeverbände die geringen Zulagen der Rentempfänger in die Tasche stecken und die armen Leute dadurch schädigen.

Genosse Buch schloß die glänzend verlaufene Konferenz mit dem Wunsch, daß jeder in der Werbewoche und im Wahlkampf seine Pflicht tun möge. Nach der Sitzung beschäftigten die Delegierten die Neubauten des Spar- und Bauvereins.

L. Gäring, erstattete den Geschäftsbericht. Der Gesamtumsatz betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 299 000 Mark gegen etwa 77 000 Mark im Vorjahr. Hoffen wir, daß bald eine halbe Million erreicht ist. In Spareinlagen, die durchschnittlich 1 Prozent höher verzinst werden als bei allen übrigen Banken, wurden 85 600 Mk. eingezahlt. Vom Redner wird besonders betont, daß jeder Genosse den Kapitalismus unterstützt, wenn er seine Sparguthaben nicht den Kassen des Proletariats anvertraut. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von der G.G. eine Hypothekendarlehnbank gegründet wird, um den Mitgliedern beim Bau oder Kauf eines Hauses eine materielle Unterstützung zu gewähren. Genosse Gäring gibt ferner bekannt, daß im Berichtsjahr in 14 Fällen Sterbegeld mit zusammen 209,92 Mark gezahlt wurde. Der Vorschlag den Unterstützungsfonds zu erhöhen, findet Beifall. Wie sehr die Leitung des Konsumvereins darauf bedacht ist, den Ausbau des Konsums zu fördern, beweist, daß vor kurzer Zeit in Wulsen und Neu-Lurnau je eine Verkaufsstelle errichtet worden sind. Desgleichen wurde in der Koonstraße ein Plan von 3000 Quadratmeter künstlich erworben, um im Frühjahr ein modernes Geschäftshaus, verbunden mit Verkaufsstelle und Zentrallager, errichten zu können. Ob wir in Elten auch eine eigne Mäderei erhalten, hängt von den Mitgliedern selbst ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir sogar im nächsten Jahr eine eigne Fleischeri haben. Zum Schlusse gibt Genosse Gäring der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mitglieder treu zum Konsumverein stehen mögen und durch uneingeschränkte Warenabnahme den Ausbau fördern.

Zu Aufsichtsratsmitgliedern und Ersatzmännern wurden die Genossenschaftler Sieder, Franke und Wegmann, Wilhelm und Michalek gewählt. Sodann erfolgte der Revisionsbericht, und der Vorschlag, die Summe der Spareinlagen auf 200 000 Mark zu erhöhen, wurde angenommen.

Wißt du Hammer und nicht Ambos sein, stehe treu zum Konsumverein!

Barbn

Vom Arbeitsmarkt. Entlassungen in den Saisonbetrieben (Ziegeleien und Baubetriebe) liegen vor. Die Hackfruchtente ist in vollem Gange. Weitere Entlassungen dürften durch den bevorstehenden Beginn des Umbaues der chemischen Fabrik ausgeglichen werden. Am Schlusse der Berichtswochen waren vorhanden 11 (9) Hauptunterstützungsempfänger mit 17 (14) Zuschlagsempfängern. Weiter sind 20 Arbeitssuchende ohne Unterstützung gemeldet.

Kinderpeisung der Arbeiterwohlfahrt. Die Arbeiterwohlfahrt wird auch in diesem Jahre wieder die kräftigen und elenden

Schulkind mit einem warmen Frühstück versorgen. Leider ist das nicht sofort möglich, weil die Schulkind wegen des Schulbaues zu den verschiedensten Zeiten zur Schule kommen, die Ausgabe der warmen Suppe aber einheitlich erfolgen muß. Die erste Frühstücksvorrichtung soll darum gleichsam als Geschenk der Arbeiterwohlfahrt zur Schuleinweihung an dem Tag erfolgen, an dem das große erweiterte Schulgebäude im Rahmen eines Besuchs- und Elternfestes wieder seiner Aufgabe zugeführt wird.

Siedendorf

An alle Arbeiterkinder ergeht die Aufforderung, ihre Kinder, die noch schulpflichtig sind, Dienstags in die Heimabende der Kindergruppe der S. A. Z. zu schicken. Die Veranstaltungen finden von 7 bis 9 Uhr in der Schule Dierer Straße statt.

Frohle

Großfeuer. Am Sonnabend, morgens 4 Uhr, ertönten die Feuermelder und weckten die Einwohner aus ihrer Ruhe. Die große Feldscheune des Gutspächters Paade mit der Ernte von 400 Morgen Getreide stand in Flammen. Der starke Nebel verhinderte ein frühzeitiges Erkennen des Feuers. Erst als die Scheune lichterloh brannte, wurde das Feuer vom Schranfenwärtler der Bude 9 bemerkt, der sofort den Brand meldete. Als die Feuerwehr erschien, war jede Hilfe schon vergebens. Zu retten war nichts mehr. Am Abend zog die Feuerwehr mit großen Gassen den Feuerberg aus einander, um ein schnelleres Abrennen herbeizuführen. Aber die gewaltigen Strohmassen brannten noch während des ganzen Sonntags. Der Besitzer ist versichert. Als Entstehungsurache wird Brandstiftung vermutet.

Öffentliche Frauenversammlung heute Mittwoch 20 Uhr in der „Grünen Lanne“. Sorgt für Massenbesuch.

Schönebeck

Das verlorne Postpaket. Auf dem Bahnhof in Schönebeck wurde am 6. März aus einem Postkoffer ein Postpaket gestohlen. Als Dieb bezeichnete die Staatsanwaltschaft den Bahnarbeiter S., der sich nunmehr vor Gericht zu verantworten hatte. Der Postbeamte behauptet, daß ein Paket in dem Augenblick von seinem Wagen gefallen sei, als der Angeklagte an dem Wagen vorbeiging. Trotz eifriger Nachforschungen blieb das betreffende Postpaket verschwinden und wurde erst später auf dem Alumnusberger Bahnsteig des Schönebecker Bahnhofes gefunden, nach dem sich auch der Angeklagte begeben hatte. Der beschuldigte Bahnarbeiter bestritt den Diebstahl ganz entschieden. Nur die Angaben der Zeugen an Ort und Stelle nachprüfen zu können, wurde ein Lokalkonferenzen abgehalten, der durchaus zugunsten des Angeklagten ausfiel. Ein Bahnbeamter behauptete, daß S. an dem fraglichen Tag, als er zum Alumnusberger Bahnsteig ging, nichts bei sich gehabt hätte. Der Beamte, der die Fahrkartenkontrolle an der Sperre ausübte, machte unter Eid dieselbe Aussage. Rechtsanwalt Dr. Hammer (Magdeburg) wies auf die Lücken in dem Indizienbeweis hin und verlangte Freisprechung des Angeklagten. Der Amtsanwalt will ihn auf einen Monat ins Gefängnis schicken. Das Gericht wählte den „goldenen Mittelweg“ und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark. Gegen das unverständliche Urteil wurde sofort Berufung eingelegt.

Die Revolutionsfeier findet am 9. November, abends 8 Uhr, im „Stadtpark“ statt. Mitwirkende sind sämtliche Arbeiter-Sport- und Kulturvereine. Gedacht ist die Veranstaltung in Form einer proletarischen Festfeier. In den nächsten Tagen wird mit dem Verkauf der Eintrittskarten begonnen werden; sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre müssen den Verkauf übernehmen, so daß die Revolutionsfeier 1927 schon eine große Feierschau wird für das Wahljahr 1928.

Die städtischen Bienen und Acker, die am 1. Oktober pachtfrei gemindert sind, sollen auf 6 Jahre wieder verpachtet werden. Zum Dienstag den 21. Oktober, 20 Uhr, ist im Gasthof Zum goldenen Stern, Felselcher Straße ein Termin anberaumt.

Wasserproben. Am 8. Oktober sind vom städtischen Medizinisch-Untersuchungsamt Magdeburg Wasserproben aus dem Leitungswasser entnommen worden. Der Befund gibt zu Bedenken keinen Anlaß.

Die Revolutionsfeier der Partei wird am Mittwoch den 9. November im „Stadtpark“ stattfinden. Die Feier wird in diesem Jahre nicht gemeinsam mit Bad Salzungen und Felselchen durchgeführt. Das Programm wird einen kunstgewerblichen Charakter haben. Außer einer sehr starken Konzertschleife werden wiederum mehrere Vereine des Sport- und Kulturkreises den Abend verschönern. Von Lange wird abgegesungen. Die Programme werden in den nächsten Tagen im Umland gesetzt und kosten nur 30 Pfennig. Parteigenossen und Kollegen, sorgt für einen Massenbesuch! Alles weitere wird noch durch Inserate bekanntgegeben.

Stahlfurt

Einwanderer Karl Selbmann jagert die Stadt denjenigen an, der die nachfolgenden Beschlüsse, die in den letzten Tagen mehr als 10 Wände der neuen Anpflanzung am Ritterstreich durch Ausschneiden der Augen schwer beschädigt haben, so nachhaft macht, daß sie strafrechtlich verfolgt werden können.

Stadtfreis Burg

Stellmach. Am Sonnabend machte Herr B. Wittenhaber der Firma B. u. A. durch Ertrinken seinem Leben ein Ende. Der Grund zu dieser Tat ist nicht bekannt.

Stellmach. Aufz. Genossen machen mir auf die ausgeschriebenem Karte der Volkshochschule aufmerksam. Eintragungen werden in den bekannten Verhandlungen noch bis Mittwoch den 21. Oktober entgegenzunehmen.

Schlange. Von Friedrichsberg wurde eine im Garten schlängelnde Schlange gefangen. Es handelt sich um eine Ringelnatter, die eine Länge von mehr als einem Meter erreicht. Es ist möglich, daß sich noch mehrere dieser Schlangen am Friedrichsberg aufhalten. Die Tiere sind aber beständig harmlos, sind weder giftig noch heißen sie Menschen. Dem Angreifer wird aber versucht werden, die Tiere vom Friedrichsberg zu befreien.

Der Staatsbankrott war wieder gut bezahlt. Ein Vertrag über Bankrott wurde mit Interesse verfolgt. Ein gefälliges Ergebnis war die den Erfolg.

Stadtfreis Wolmirstedt

Von der Volkshochschule. In einer wichtigen Besprechung hatte die Rechnungsstelle 46 der Volkshochschule die Obmannsbeiräte Oberdorf, Reipendorf und Wolmirstedt nach Wolmirstedt zum Sonntag einberufen. Leider waren mehrere Vertretungen nicht erschienen. Der erste Geschäftsführer, Genosse Otto Baer (Magdeburg), sprach über das Vertriebsprogramm. Er stellte die Leistungen der Volkshochschule denen der hiesigen Volkshochschule gegenüber. Auch konnte nachgehört werden, daß die Volkshochschule sagen zur Ansicht in der Rechnungsstelle aus, daß von dem Volkshochschulrat in vielen Fällen die Entscheidung durch die Rechnungsstelle getroffen werden überlassen nicht reguliert werden. Die Rechnungsstellen sind schon auf diese Art und Weise getrieben worden. Das alles werden Vorstände wissen die Volkshochschule. Auch sind die Rechnungsstellen mit ihren Angehörigen den hiesigen Vorständen und Ausschüssen aus ihren Häusern weichen. Die Rechnungsstellen müssen auf dem Boden sein und Verantwortung übernehmen ihres Bereichs schaffen. Das Material dazu aber erhalten sie nur in den gemeinsamen Besprechungen der Rechnungsstellen. Der Vertrag wurde mit Erfolg abgeschlossen. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Robert (Friedrichsberg), Prellberg (Wolmirstedt) und Genosse (Wolmirstedt). Von den anwesenden Vertretungen hiesiger Volkshochschule wurden einige Fragen gestellt und von Genosse Baer werden sie beantwortet. Der Vertrag wurde mit Erfolg abgeschlossen. Der Vertrag wurde mit Erfolg abgeschlossen. Der Vertrag wurde mit Erfolg abgeschlossen.

Schaft besucht worden ist. Nach der Aussprache zwischen dem Bezirksobmann und dem Vertreter der hiesigen Volkshochschule erklärte der Letztere: In die Leistungen der Volkshochschule könne keine andere Versicherung heran. Daraus ist ganz deutlich zu sehen, zu welchen Leistungen die Volkshochschule ihren Versicherungen gegenüber in der Lage ist. Deshalb, ihr Arbeiter, heraus mit den „Feierabend“-Blättern! In euer Haus gehört kein anderer Vertrag als der mit der Volkshochschule, die ihren Versicherungen die Versicherung zum Selbstkostenpreis liefert und in der es keinen Versicherungsversatz gibt.

Dörschdorf

Die Parteiverammlung findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch abend 8 Uhr bei Erede statt.

Wolmirstedt

Kartellierung der Arbeitervereine. Heute (Montag) Sitzung um 20 Uhr in „Stadt Prag“. Jeder angeschlossene Verein muß vertreten sein. Die Revolutionsfeier soll besprochen werden.

Öffentliche Frauenversammlung am Mittwoch um 20 Uhr in „Stadt Prag“. Genossin Viktor (Magdeburg) wird über die Arbeiterwohlfahrt sprechen. Sämtliche Frauen aus Wolmirstedt und der Umgegend sowie auch die Männer sind eingeladen. Eintritt frei.

Kreis Neuhalbensleben

Die Parteiverammlung wurde vom ersten Vorsitzenden um 21 Uhr eröffnet. Leider war sie nur sehr schwach besucht. Genosse Menzel gab die Rundschreiben zur Werbeweche bekannt. Nach eingehender Debatte meldeten sich einige Genossen zur Hausagitation. Die Revolutionsfeier findet am 12. November im Saale von Miemied statt. Der gewählte Ausschuss wird alles zu aller Zufriedenheit durchführen. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, daß als Nachfolger für die zum Gemeinbedorfer h. m. Schöffen gewählten Vertreter die Genossen Holzhausen und Wilhelm Krüger ins Gemeindeparlament einzuziehen sollen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

Beendorf

In der Gemeinberatsitzung wurde der Einspruch unserer Vertreter gegen den Haushaltsplan behandelt. Der Gemeinbedorfer gab die einzelnen Einspruchspunkte bekannt und betonte dabei, daß die Verzögerung der Staatsberatung lediglich darauf zurückzuführen sei, daß er vom Schulverbandsleiter immer nicht die nötigen Unterlagen bekommen konnte. Nach Erledigung seiner Angelegenheiten wurde der Haushaltsplan mit acht Stimmen angenommen. Es verdient noch, festgesetzt zu werden, wie eine derartige Verzögerung durch den Schulverbandsleiter möglich sein kann. Die maßgebenden Stellen müssen sich einmal darum kümmern. Selbst der Gemeinbedorfer machte kritische Bemerkungen über diese Verzögerung. Also bitte, Herr Schulverbandsleiter!

Harthe

Die Revolutionsfeier findet am 9. November, abends 8 Uhr, im „Stadtpark“ statt. Mitwirkende sind sämtliche Arbeiter-Sport- und Kulturvereine. Gedacht ist die Veranstaltung in Form einer proletarischen Festfeier. In den nächsten Tagen wird mit dem Verkauf der Eintrittskarten begonnen werden; sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre müssen den Verkauf übernehmen, so daß die Revolutionsfeier 1927 schon eine große Feierschau wird für das Wahljahr 1928.

Stadtfreis Wihersleben

Ein bedeutsame Versammlung der Partei fand am Freitag abend im „Neuen Kaffeegarten“ statt. Genosse Professor Doktor Adler (Wien) hielt einen feislichen Vortrag über die marxistische Gesellschafts- und Staatslehre; er schilderte die Stellung des Proletariats zum Staate, die Unhaltbarkeit der unsozialistischen Gesellschaftsform und die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Auf Antrag des Genossen Ros wurde von einer Aussprache Abstand genommen. Herzen und Köpfe müssen für die Gedankenwelt des Sozialismus gewonnen werden.

Die freie Volkshochschule gab am Sonnabend einen wohlgeplungenen Lustspielabend. Die städtische Figurenbühne ist wieder eröffnet.

Der Magistrat hat beschlossen, aus dem Harzer Verkehrsverband auszutreten.

Aus der Altmari

Ein rüchichtsloser Radfahrer fuhr auf der Chaussee nach Döllnis einen jährigen Schuljungen um. Der Junge erlitt schwere Verletzungen am Kopf und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der rüchichtslose Radfahrer ließ den Jungen am Boden liegen und fuhr eiligst davon. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Bismarck

Wasserleitung. Der Magistrat macht die Bürger darauf aufmerksam, daß bei Eintritten kälter Witterung die Wassermeher sowie alle nicht frostfrei liegenden Hausleitungen innerhalb der Grundstücke mit den vorgeschriebenen Wärmeschutzmitteln zu versehen sind.

Heneburg

Einbruch. In das Motorboot des Privatmanns A. wurde eingeschoben. Gestohlen wurde der gesamte Warenvorrat. Schließlich wurde noch das Motorboot losgemacht und in den Strom getrieben. Die Täter sind unerkannt entkommen. Das Motorboot konnte wieder an Land gezogen werden.

Bittkau

Auf dem Wochenmarkt wurden am Sonnabend folgende Preise gezahlt: Rindfleisch 15 bis 20 Pf., Lammfleisch 10 bis 25 Pf., Pflaumen 25 Pf., Romanen 75 Pf., Blumenkohl 60 bis

Salzweil

90 Pf., Rosenkohl 30 Pf., Zwiebeln 15 Pf., Tomaten 35 Pf., Radieschen Bund 25 Pf., Salat Kopf 10 Pf., Rote Rübe 10 Pf., Sellerie Stück 10 bis 15 Pf., Mohrrüben Bund 15 Pf., Rotkohl Kopf 25 bis 40 Pf., Rüsse 80 bis 90 Pf., Kürbis 5 Pf., Kohlrüben 10 bis 15 Pf., Grünkohl 15 Pf., Spinat 25 Pf., Eier Stück 15 Pf., Gähner 80 Pf., Ente 1 Pf., 10 bis 1,20 Mark, Kartoffeln Zentner 4 bis 5 Mark.

Uchlung, Parteifunktionäre! Dienstag den 25. Oktober 1920 Uhr, Vorstandssitzung bei Müller in der Mittelstraße. 11-20 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre. Vorbereitung der Werbearbeit und Revolutionsfeier. Es spricht Landtagsabgeordneter Kasten (Schönebeck).

Das Geschäft auf dem Ferkelmarkt war bedeutend flotter als am vorigen Sonnabend. Es waren 688 Stück angefahren. Preise bis zu 6 Wochen 5 bis 7 Mark, 6 bis 8 Wochen alt 7 bis 9 Mark 8 bis 12 Wochen alte 9 bis 12 Mark. Der Markt wurde geräumt.

Osterburg

Ferkelmarkt. Angetrieben waren 430 Ferkel und 12 Böck. Es kosteten Ferkel bis zu 6 Wochen alt 7 bis 9 Mark, 6 bis 8 Wochen 8 bis 10 Mark, 8 bis 10 Wochen 10 bis 12 Mark, 10 bis 12 Wochen 12 bis 14 Mark; Böcke wurden mit 14 bis 32 Mark gehandelt.

Zangermünde

Einweihung des Ebert-Denkmal. Zur Ehrung des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert richtete das Zangermünder Reichsbanner einen schlichten Denkstein, der die Nachwelt an das gegenreiche Wirken dieser großen Menschen mahnen und die Jugend aufrufen soll, diesen Manne nachzueifern, in seinem Geiste zu leben und zu wirken.

Im Stadtwald, an dem nach Langen-Salzweil führender Weg, erhebt sich das Denkmal, in monatelanger mühseliger Arbeit von den Zangermünder Reichsbannerkameraden errichtet. Behauene Feldsteine, stufenförmig ansteigend, bilden den Sockel. Dann folgen zwei Schichten Findlinge, getränkt von einem mächtigen Stein, an dem sich das Bild Friedrich Eberts befindet, eine große Bronzeplatte, unter der sein Name eingemeißelt steht. Etwas tiefer ist in dem Stein eingehauen: „Den gefallenen Kameraden des Weltkriegs.“ Jeneilich 5 Meter ragt das Denkmal empor; 50 Pferdewagen voll Material gehörten zum Bau. Der das Bild Eberts tragende Findling hat ein Gewicht von 120 bis 140 Zentnern. Das Ganze ist ein Bau, der in seiner schlichten Form ganz dem Geiste Friedrich Eberts entspricht.

Ein Fackelzug am Sonnabend leitete die Veranstaltung ein. 500 Reichsbannerleute bewegten sich beim Scheine der Fackeln durch die Straßen der Stadt. Auf dem Marktplatz angekommen hielt der Kreisführer, Kamerad G. u. h. (Osterburg), die Feuerrede, in der er Verantwortlichkeit und Verdienste Eberts gegenüber feierte. Als der Redner ausführte, daß sich noch manche Fernstehender dem Reichsbanner anschließen würde, vor allem auch mancher Rotfrontkämpfer, erhob sich von den auf dem Marktplatz anwesenden Rotfrontkämpfern ein großes Geschrei. Anscheinend hatten sie auf ein Stichwort gewartet, um die Veranstaltung zu fördern. Ihr Geschrei wurde von den Reichsbannerleuten nur mit einem Lachen beantwortet. Nach der Rede marschierte der Zug nach dem „Ehlpark“, wo für die ausübende Weisheit eine Begrüßungsfeier stattfand. In dankenswerter Weise hatten sich die Arbeiter-Sportvereine zur Verfügung gestellt. Zwischen ihren Vorführungen sprach Genosse Peus (Wesau).

Der Sonntag, der Haupttag der ganzen Veranstaltung wurde von einem Festen der Spielerkorps eingeleitet. Am Vormittag trafen die Gäste aus der nähere Umgebung ein. Im die Mittagsjunde erfreute ein Konzert der Spielerkorps auf dem Marktplatz die Einwohnererschaft. Nachmittags um 1 1/2 Uhr setzte sich vom „Ehlpark“ aus ein 1500 Mann starker Festzug nach dem Denkmalplatz in Bewegung. Viele Hunderte begleiteten den Zug durch die in dem Reichsfarben geschmückten Straßen. Auf dem Festplatz erwarteten Tausende aus der Bevölkerung den Festzug. In rund 4000 Teilnehmer

sonnte der Vorsitzende des Ortsvereins Zangermünde, Kamerad Storb, seine Begrüßungssprache richten. Ein solches starkes Bekenntnis zur Republik und Demokratie hat die Zangermünder Bevölkerung noch nie abgelegt.

Namens des Gaus und des Bundesvorstandes begrüßte der Kreisleiter, Kamerad Treumann, die Erschienenen. Dann fielen nach Weisemorten des Kameraden Peus (Wesau) die Hüllen des Denkmal. Jede Generation, so führte der Redner aus, hat ihre eignen Rechte und Pflichten. Wir haben das Recht, in unserem Geiste zu leben und die Pflicht, uns unsere Welt nach diesem Willen aufzubauen. In diesem Denkmal wollen wir die Gegenwart lebendig machen und der Nachwelt zeigen, was Männer aus dem Volke geschaffen haben. Starke Weisheit lohnte dem Redner. Dann übergab Kamerad Storb das Denkmal dem Schutze der Stadt Zangermünde. Stadtrat Marx übernahm es im Namen des Magistrats.

Nachdem hatten sich die Fahnen zur Gefallenenehrung, die Musik spielte „Ich halt' einen Kameraden“, und entblöhten Hauptes gedachten die Festteilnehmer der im Kriege gefallenen Kameraden. Erst die Deutsche demokratische Partei ergriff Studentat Dr. Lohmann das Wort. Wir sind nicht gewillt, uns unterliegen zu lassen von der Reaktion, sondern wollen das Werk der Männer von Weimar fortführen zum Besten des deutschen Volkes.

Die Arbeiterfänger brachten dann das Lied „Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben“ zum Vortrag. Anschließend ermahnte der Kreisleiter, Kamerad Treumann, die Zanger-

Warnung!

Waschen und Bleichen Sie Ihre Wäsche nicht gleichzeitig. Dadurch wird der Schmutz zwar mitgebleicht, aber nicht entfernt. Erst muß er durch Einweichen in der fett-haltigen Dr. Thompson's Seifenpulver-Lauge gelockert werden, damit er am nächsten Morgen leicht ausgewaschen werden kann. Dann kommt die Wäsche in einen Kessel mit kalter Ozonil-Lauge, in der sie eine Viertelstunde kocht.

Dann waschen Sie richtig!

*Ozonil (Schutzmarke Schwan) das neue selbsttätige Wasch- und Bleichmittel aus den Fabriken von Dr. Thompsons Seifenpulver ist überall erhältlich.



Fleischer-Innung Magdeburg

Plötzlich und unerwartet erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser hochgeschätztes Mitglied, der Stadtrat

Wilhelm Kobelt

im Harz, wo er Ruhe und Genesung suchte, sanft entschlafen ist.

Einen der Besten haben wir verloren, einen wirklichen Kämpfer für unser Gewerbe. Sein reiches Wissen, verbunden mit unermüdlicher Schaffenskraft, galten neben seinen eigenen Interessen dem Wohle seiner Vaterstadt sowie seinem Handwerk. Reich war sein Leben an Mühe und Arbeit, für jeden hatte er ein offenes Ohr, selten ging jemand ohne Trost und Hilfe von ihm. Sein Hinscheiden bedeutet für uns einen kaum zu ersetzenden Verlust. In stiller Dankbarkeit werden wir allzeit seiner gedenken.

Der Vorstand
W. Bertram, Obermeister

Nachruf.

Am 23. Oktober verschied das unbesoldete Magistratsmitglied

Stadtrat Wilhelm Kobelt

kurz vor Vollendung des 62. Lebensjahres. Der Verstorbene wurde am 5. Januar 1905 als Mitglied der stadtverordneten-Versammlung eingeführt, der er bis zu seiner Wahl zum unbesoldeten Mitglied des Magistrats, die am 3. Dezember 1914 erfolgte, angehörte. Mit seinem Namen ist die Entwicklung der Stadt Magdeburg und insbesondere des Schlacht- und Viehhofes auf das engste verbunden. Aus der Praxis hervorgegangen, stellte er seine großen Fähigkeiten in uneigennütziger Weise der Stadt und somit der Allgemeinheit zur Verfügung. In unermüdlicher Arbeit und mit wärmstem Interesse hat Stadtrat Wilhelm Kobelt sich jeder It restlos für das Wohlergehen der Bevölkerung eingesetzt. Sein Tod ist für die Stadt Magdeburg ein großer Verlust. Das Magistratskollegium verliert in ihm einen treuen, ideenreichen Mitarbeiter und lieben Kollegen. Wir ehren sein Andenken.

Magdeburg, den 24. Oktober 1927.
Der Magistrat Die Stadtverordnetenversammlung
Beims. Baer.

Am 23. d. M. verschied plötzlich und unerwartet der Vorsitzende unseres Aufsichtsrats

Herr Stadtrat Wilhelm Kobelt

Der Verstorbene hat bereits 1922 in ganz besonders unermüdlicher Tatkraft dazu beigetragen, die Grundlagen für die Erbauung unseres Hallenbaues zu schaffen. Seine von starker Energie getragene rastlose zielsichere Arbeit hat unserem Unternehmen großzügige Richtlinien gegeben.

In vorausschauender lebhafter Wirksamkeit konnte er besonders seit 1. Januar 1927 als Vorsitzender unseres Aufsichtsrats die Entwicklung des Hallenbaues fördern.

Sein Dahinscheiden bedeutet für uns einen großen Verlust und denken wir in tiefer Trauer an seine auftragende bedeutende Persönlichkeit. Wir werden ihm in dankbarer Verehrung ein dauerndes Andenken bewahren.

Magdeburg, den 24. Oktober 1927.

Hallenbau Land und Stadt A.-G. der Aufsichtsrat und Vorstand

F Brandt, Rittergutsbesitzer
Beims, Oberbürgermeister
Rosenbrock

Statt jeder besonderen Meldung.

Am 23. Oktober, früh 1/4 Uhr, verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein guter Schwiegersohn, unser lieber Bruder, Onkel und Schwager, der Stadtrat

Wilhelm Kobelt

kurz vor Vollendung seines 62. Lebensjahres.

In tiefer Trauer
Marie Kobelt geb. Richter,
Gertrud Vahldieck als Nichte.

Die Trauerfeier zur Einäscherung findet am Mittwoch den 26. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Kapelle des Westfriedhofs statt.

Befehlsbesuche dankend verboten.

329

Am 23. Oktober d. J. verstarb unerwartet das Mitglied des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft

Herr Stadtrat Wilhelm Kobelt

Seit 1921 dem Aufsichtsrate angehörend, hat der Verewigte in der Zeit von mehr als 6 Jahren unserem Unternehmen stets sein regstes Interesse und seinen sachkundigen Rat gewidmet.

Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen lebenswürdigen Kollegen und treuen Berater, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Magdeburg, den 24. Oktober 1927.

Magdeburger
Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft
Der Aufsichtsrat Der Vorstand
Landsberg C. Heßler

Am Sonnabend den 2. Oktober erkrankte nach kurzem, schmerzem Leiden mein ungeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegersohn, herzenguter Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der frühere Fuhrherr

Max Flüge

im 63. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Magdeburg-S., Fichtestraße 98

Die trauernden Hinterbliebenen

Sophie Flüge

geb. Bollmar.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 26. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des neuen Südenburger Friedhofs aus statt.

Ein gutes, treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen.

Gute Möbel

Spottbillig
Büffel 145.—
Kredenz 75.—
Auszugstisch 32.—
4 echte Lederstühle 48.—
1 Plüschsofa 75.—
1 Standuhr 90.—
1 Schrank 55.—
Waschtisch 56.—
2 Betten 34.—
2 Patentmatratzen 25.—
2 Nachtschränken 37.—
1 Bücherschrank 85.—
1 Schreibtisch 85.—
1 Chaiselongue 32.—
Tischlerei Gr. Münzstr. 1

Wiederum
Kaffee
tee
das bewährte
HOE-APOTHEKE
Bismarckstr. 10
Magdeburg

Sprechapparate,
Nähmaschinen,
Bringmaschinen
5-10 A Anzahlung
2-3 A wöchentlich.
Platten in gr. Auswahl
Fahrrad-Müller
Magdeburg
Stephansstraße 85.

Haben
Sie Stoff?
Von mitgebrachten
Stoffen fertige ich
Hosen mod. Anzug
oder Mantel für nur
Mk. 29.—
einschl. Putaten,
Edelloser Stoff!
M. Ehrlich
Katzensprung
11a Markt

Pfand-
versteigerung
Donnerstag den
27. Oktober 1927,
vormittags 10 Uhr,
aus dem Hause
Juni 1927
Seifhaus
Marat Ostendorf
Margaretenstraße 5
Telephon 7976

Mitten aus einem schaffensreichen Leben heraus wurde uns unser hochverehrter Geschäftsführer

Herr Stadtrat Wilhelm Kobelt

durch den Tod entzissen.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen allzeit treuen und pflichterfüllten Berater, der unserer Gesellschaft mit seinen großen Erfahrungen und seinem reichen Wissen stets hilfsbereit zur Seite stand.

Wir werden sein Andenken allzeit in hohen Ehren halten.
Magdeburg, den 24. Oktober 1927.

Carnis
Fleischhandelsges. m. b. H.

Plötzlich und unerwartet verschied am 23. Oktober 1927 in Wernigerode, wo er zur Kur weilte, unser hochverehrter Chef

Herr Stadtrat Wilhelm Kobelt

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen Vorgesetzten, der uns durch seine unermüdliche Tatkraft stets ein leuchtendes Vorbild war. Seine edle Gesinnung und sein liebevolles, immer gleichbleibendes Wesen sichern ihm bei uns über das Grab hinaus einiges Gedenken.

Magdeburg, den 24. Oktober 1927.

Das Gesamtpersonal der Firma
Carnis
Fleischhandelsges. m. b. H.

Ganz unerwartet kommt uns die Nachricht von dem Tode unseres Mitglieds, unseres allverehrten Stadtrats

Wilhelm Kobelt

Als Dezernent für den Schlacht- und Viehhof standen wir mit ihm in steter enger Verbindung und wissen ihm Dank zu sagen für seine Fürsorge, die er im Interesse unserer Genossenschaft stets bewiesen hat. Er hat es verstanden, das Verhältnis zwischen beiden Verwaltungen zu einem angenehmen zu gestalten.

Sein frühes Hinscheiden bedeutet für uns einen unersetzlichen Verlust, denn er war ein eifriger Verfechter der Interessen unseres Fleischerstandes.

Unseren herzlichsten Dank bringen wir hiermit nochmals zum Ausdruck.

Der Vorstand und Aufsichtsrat der Dampf-
talgsmelzeder vereinigten Fleischermeister
gez. O. Arnold. H. Grosse. W. Löffler. W. Bertram.

